

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

Erscheint monatlich

Nr. 1 2004

Gefahr durch den Islam



Willy Schmidhauser, Präsident der SD Thurgau, Dettighofen

Vor Jahren war die Zahl der Juden und Moslems in der Schweiz gering. Die Schweiz war weltweit als christliches Land anerkannt. In den Schulen wurde auch Unterricht und Bibelkunde erteilt. Der Sonntag ist staatlicher Feier- und Freitag, die Geschäfte sind geschlossen und es gibt eine gesetzliche Sonntagsruhe. Die Gewerkschaften haben im Laufe der Jahre einen arbeitsfreien Samstag erkämpft und rühmen sich der 5-Tage-Woche. In den Schulen wurde bis vor Kurzem an den Samstagen bis zum Mittag Unterricht erteilt, heute ist der Samstag meistens schulfrei.

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Wo bleibt das christliche Abendland in Frankreich?

Weil in Frankreich immer mehr Muslime – vor allem kämpferisch auftretende – verlangen, dass Kopftücher und alles, was dazugehört, in öffentlichen Schulen möglich sind, mussten die Christen nun gewaltige Abstriche machen. Zwar werden Kopftücher nicht mehr geduldet, aber auch Kreuze in

Schulzimmern müssen entfernt werden – alles soll neutral sein! Da muss die schwere und bedeutungsvolle Frage an allererster Stelle erlaubt sein: Wo bleibt das «christliche Abendland»? Wo bleibt das christliche Frankreich, wenn doch alles Religiöse verbannt wird?

En Suisse: Einwanderung und Asylleerlauf!

Bis heute sind über 420'000 Moslems in unser Land gekommen. Ein grosser Teil von ihnen ist ohne Berechtigung im Lande, andere wurden als Billigarbeiter genommen; gezählt hat dabei nur die kurzfristige Kostenfrage! Alles andere war unseren feinen (Bau-)Unternehmern offensichtlich unwesentlich und unerheblich; nicht von Bedeutung! Das alles rächt sich nun aber bitter! Auch die inzwischen erstarkte Judengemeinde verlangt immer mehr Rechte und Anerkennung.

CVP-Bundesrätin sei Dank!

Es ist einfach unglaublich, aber diese Entwicklung haben wir nicht zuletzt einer CVP-Bundesrätin aus dem katholischen Appenzell zu verdanken. Offenbar hatte unsere Exekutive nicht für ein Jota Verstand und Weitsicht. Zu erwartende Entwicklungen unter diesen Umständen lassen sich in vielen Ländern hautnah verfolgen und sollten all jene ermahnen, die gewisse Tatsachen einfach ausser Acht lassen. In Afrika sterben Hunderttausende von Christen durch die blutige Verfolgung durch Muslime und moslemische Regierungen. Im EU-Land Türkei sind die christlichen Gemeinden verfolgt und dank totaler Benachteiligung auf wenige tausend Mitglieder geschrumpft. In Asien und Arabien sind Christen kaum geduldet, von Glaubensfreiheit kann keine Rede sein; Verfolgungen sind brutal und ohne Skrupel! Vom Bau von Kirchen kann in vielen Ländern keine

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Avanti-Gegenvorschlag: **Nein**
Änderung Mietrecht: **Nein**
Verwahrungs-Initiative: **Ja**

Gemeindewahlen 8. Februar: Schweizer Demokraten Liste 9

- weniger Fürsorgegelder an Asylanten
- keine höheren Steuern, Gebühren und Abgaben
- mehr Freiheit, weniger Gesetze, mehr Sicherheit
- Schule/Arbeitsplatz: Vorrang für Einheimische
- Einwanderungsstopp für Aussereuropäische

Opposition ist nötig, wir schauen den Regierenden auf die Finger!

SD 
Schweizer Demokraten

Liste 9

SD-Liste 9 unverändert wählen.
Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die leeren Linien auf unserer Liste leer lassen. Danke!

SD BL, Postfach 224, 4402 Frenkendorf
Internet: www.schweizer-demokraten.ch

JA zur Initiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter»

Rede sein! Und hier rufen Moslems nach Gleichberechtigung und Moscheen in den Stadtzentren...

Bericht aus einer Tageszeitung vom 4. Dezember 2003

Profiteur in vielen Lebenslagen

Wer ist der 29-jährige Iraker, dem die Staatsanwaltschaft vorwirft, in der Stadt Zürich zwei homosexuelle Freier brutal niedergestochen zu haben? An den ersten drei Verhandlungstagen vermittelte er einen wenig schmeichelhaften Eindruck. Aufgewachsen im kurdischen Teil des Iraks reiste er 1998 in

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Alexander Solschenizyn – zum 85. Geburtstag
- 6 Nachdem sich der Pulverdampf verzogen hat
- 7 Bei Bundesratswahlen Sache vergessen
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Politräsel
- 12 Der Leser hat das Wort

Gefahr durch den Islam

Fortsetzung von Seite 1

die Schweiz ein, wo er Asyl beantragte. Kurz nachdem das Asylgesuch abgelehnt worden war, heiratete er eine 66-jährige Schweizerin. Mit der Heirat habe man sich gegenseitig helfen können, sagte der Angeklagte bei der persönlichen Befragung:

Nach dem abschlägigen Entscheid der Asylbehörde habe er ebenso Hilfe gebraucht wie seine Frau, die wegen einer Krankheit pflegebedürftig sei. Weiter gab er zu, bei seinem Asylantrag falsche Angaben gemacht zu haben. Dass sein Vater wegen illegalen Verkaufs von Alkohol angeblich verfolgt und getötet worden sei, sei gelogen gewesen. Ihm sei von einem Schlepper geraten worden, diese Version den Schweizer Behörden zu erzählen. Laut Angaben des Angeklagten erhielt das frischvermählte Ehepaar Fürsorgegelder in der Höhe von monatlich 3600 Franken. Ausser dass er Gelegenheitsjobs auf dem Bau wahrnahm, handelte der Angeklagte mit Drogen, wurde wegen Diebstahls verurteilt und betätigte sich im Zürcher Hauptbahnhof als Stricher für Homosexuelle. Über seine Zukunftsperspektiven befragt, sagte der Angeklagte vor dem Geschworenengericht, er habe geplant, demnächst selber Drogen zu konsumieren. Er ergänzte, wenn man Drogenkonsument sei, werde der Staat auf einen aufmerksam, und so werde einem geholfen. Auf die Frage des Staatsanwaltes, ob es Zufall sei, dass der Angeklagte erst kurz vor seiner Festnahme mit dem Trinken von Alkohol begonnen habe, verneinte er dies. Von einem Bekannten habe er gehört, dass man als Alkoholiker nicht ins Gefängnis müsse, sondern therapiert werde...

Anerkennung in kleinen Schritten – Verfassung ade!

Als Erstes wurde zum Beispiel im Kanton Zürich bereits über die Anerkennung abgestimmt. Das wäre ein erster Schritt. Erreichen wollen vor allem Linke solche Ziele mit Hilfe der angeblichen «Religionsfreiheit»! Damit stellt sich automatisch die Frage, sind wir dann aber noch ein christliches Land, wie das in unserer Verfassung geschrieben steht? Wohl kaum! Alles Christliche müsste dann, wie heute in Frankreich, aus dem öffentlichen Leben, aus den Schulen und vielem mehr verbannt werden! Auch die Verfassung müsste geändert werden. Wenn wir aber zum

streng religiös neutralen Lande werden sollen – und genau das wollen die Muslime und die Sozis, dann wurden viele, sehr wichtige Dinge nie richtig durchdacht, nie richtig diskutiert! Es wäre äusserst wichtig, dass alle Christen dieser Welt – und zwar in allen anderen Ländern auch – inklusive die arabischen und moslemischen Länder in Afrika und Asien – gleiche Rechte und Religionsfreiheit bekommen... Doch davon sind wir leider meilenweit entfernt. Man möchte Europa islamisieren – aber ohne Gegenrechte für Christen in moslemischen Ländern!

Meilenweit von Gleichberechtigung entfernt...

Der nächste Schritt wäre zwangsläufig die Gleichberechtigung der Religionen! Bei allen Gläubigen soll der Staat die Kirchensteuer einziehen. In den Schulen sollen offiziell die Religionen unterrichtet werden von Staates wegen! Logisch ist, dass dann auch die Religionslehrer von den Schulen gestellt und bezahlt werden. Dies wäre dann auch für muslimische und jüdische Kinder Teil des offiziellen Schul- und Ausbildungsprogrammes. Von da an wäre unser Land definitiv kein «christliches Abendland» mehr, das ist gewiss! Die Moscheen würden dann auch in den Zentren erbaut und von den Minaretten würde der diskriminierende Ruf des Muezzin erfolgen. Daneben würden die Abendglocken der Kirchen ertönen. Das könnte kaum gut gehen, soviel steht heute schon fest! Warum aber gehen unsere Regierungen trotzdem auf diesen Kuhhandel ein? Fehlt ihnen die Weitsicht, das Wissen oder der Mut?

Sonntagsruhe und 7-Tage-Woche ade!

Der 7. Tag ist der Sonntag – natürlich nach christlichem Denken. Wenn nun aber die Moslems und Juden gleichberechtigt werden sollen, ist dann der Samstag (Sonntag der Juden) auch Sonntag? Und wie steht es mit dem Freitag (Sonntag der Moslems)? Werden dann – wie in England – alle Geschäfte und Betriebe einfach 7 Tage in der Woche offen haben – «Basar» also die ganze Woche? Wo bliebe die Sonntagsruhe? Würden dann die Christen einfach am Sonntag frei machen und mit den Sonntagskleidern umhergehen? Und würden dann die Juden am Samstag ihre Geschäfte schliessen und ihren Sonntag feiern? Und die Moslems? Die hätten einfach den Freitag als Sonntag und würden ihre Betriebe und Läden geschlossen halten? Und die Betriebe? Käme die 4-Tage-Woche oder eine Rückkehr zu sieben Werktagen ohne Sonntag?



Blick in eine Basler Volksschule: Der Streit um ein mögliches Kopftuch-Verbot für Lehrerinnen und Schülerinnen zerreisst die Linke. Die einen meinen «Multikulti» ernst und wollen Ausländern keine Bekleidungs Vorschriften machen. Die anderen sehen in der islamischen Kopfbedeckung ein Hindernis auf dem Weg zum globalen Einheitsmenschen, der sich nicht mehr nach Religion und Kultur, Nationalität und Volkstum unterscheiden soll. Weder die eine noch die andere linke «Denkschule» orientiert sich am Erhalt der schweizerischen Identität.

...und wie läuft es mit der Schule?

Hätten wir in diesem Falle nur noch den Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag als offizielle Schultage? Zweifellos müssten ja alle die gleichen Rechte einfordern können. Wahrlich, ich bin sicher, dass viele der linken Förderer der Multikultur und der Einwanderung in unser einst so schönes Land diese Dinge und Fragen studiert haben. Sie wollen offenbar das totale Chaos, wo sich niemand wirklich zuhause fühlen kann. Das Ende unserer Heimat ist damit definitiv und niemand wird etwas daran ändern können, oder er muss mit einem Messer im Rücken rechnen. Sind das nicht wahrlich schöne Aussichten?

Die moslemische Religion kennt keine Toleranz!

Wer die Suren im Koran gelesen hat, erkennt sehr bald, dass der Islam eine Kampf-Religion ist und bleibt. Da ist nicht nur von Hände und Füsse abhacken die Rede, sondern von Vernichtung und Tod der «heidnischen Gegner»...

Islam ist eine Kampf-Religion!

Muezzin-Ruf v. d. Minaretten herab, (ist anti-demokratisch, gegen Christen)
«Ich bezeuge, es gibt keinen Gott ausser Allah. Ich bezeuge, Muhammad ist der Gesandte Allahs...»
Christen, Juden und Muslime?
(Sure 5, Vers 51)

«Ihr Gläubigen! Nehmt euch nicht die Juden und die Christen zu Freunden! Sie sind untereinander Freunde, aber nicht mit euch. Wenn einer von euch sich ihnen anschliesst, gehört er zu ihnen und nicht mehr zur Gemeinschaft der Gläubigen...»

Heiliger Krieg gegen Ungläubige (Christen)
(Sure 2, Vers 191)

«...und tötet sie, die heidnischen Gegner, wo immer ihr sie zu fassen

bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben...»

Bald: Kopftücher und Moscheen überall!

Es liegt auf der Hand, dass nach der Gleichberechtigung der Religionen weitere Schritte verlangt werden! Muslime werden energisch die Respektierung moslemischer Sitten verlangen, mit dem Argument, sie seien ja auch gegenüber Christen tolerant (z.B. Glocken, Zeitschlag etc.). Wenn «christliche» Glocken läuten dürfen, muss auch der Muezzin zum Gebet rufen dürfen – so einfach ist das! Kopftücher müssen ohne Bedingungen anerkannt werden. Moscheen brauchen künftig gute und zentrale Standorte – mitten in der Stadt!

Wahnsinnige Konsequenzen, an die niemand denkt...

Natürlich glauben Viele, die Gleichberechtigung sei nichts weiter als eine Kleinigkeit; doch da liegen sie weit daneben. Die Konsequenzen wären für unser Land mehr als gewaltig! Am Ende würden wir wohl alles verlieren. An sieben Tagen sind die Basare, die Geschäfte offen, und jeder Gläubige macht dann Sonntag, wenn es ihm passt! Vorbei die Sonntagsruhe! Vorbei der besinnliche Ruhetag, vorbei der Auftrag der Bibel: «Am 7. Tage sollst du ruhn...»

Und die Unternehmen?

Arbeiter gäbe es dann, die am Freitag Sonntag hätten. Andere würden am Samstag ihren Sonntag einziehen und eine grosse Mehrheit hätte den Sonntag als Sonntag. In einer Unternehmung gäbe es also gar keine Ruhetage mehr, auch die Transporte müssten an sieben Tagen rollen. Vorbei wären die Ruhetage, vorbei die Sonntage – jeder Tag würde zum Werktag mit Lärm, Dreck und Verkehr! Und unsere lieben Sozis hätten vergeblich für eine 5-Tage-Woche gekämpft...



Hohe Bevölkerungsdichte schadet der psychischen Gesundheit

Nicht nur eine mit vielen national Entwurzelten durchsetzte multikulturelle Gesellschaft, sondern auch eine zu hohe Bevölkerungsdichte an sich ist eine der sozialen Bedingungen für das häufigere Auftreten von psychischen Gesundheitsstörungen. Diese wissenschaftliche Erkenntnis, die auch in meinen Publikationen nachgelesen werden kann und im Buch des ehemaligen Nationalrats Peter Sager «Wie weiter – mit der Menschheit?» ebenfalls rapportiert wird, ist zwar nicht neu, einer breiteren Öffentlichkeit aber wenig bekannt, weil sie als politisch unbequem von den grösseren Medien unterdrückt wird. Sie scheint sich nun aber zumindest in der wissenschaftlichen Welt doch langsam durchzusetzen. Anlässlich eines Vortrages von Professor Dr. med. Robin Murray, London, bei welchem dieser sich zur Hauptsache

über die Bedingungen des Entstehens der Geisteskrankheit Schizophrenie äusserte, berichtete er über den Tatbestand, dass afrikanische und karibische Einwanderer im Grossraum London im Vergleich zu andern Gebieten ein stark erhöhtes Risiko laufen, an Schizophrenie zu erkranken. Professor Martensen berichtete 1999 über ein ähnliches Phänomen in holländischen Grossstädten. Dass bei der Erkrankung auch erbliche, genetische Faktoren eine Rolle spielen, bleibt dabei unbestritten. So lässt sich die gleiche Erscheinung bei Immigranten aus Indien in London nicht nachweisen. Die Erbmasse, das Genom bei Indern ist eben nicht dasselbe wie bei Afrikanern und Karibiern.

Quelle: *Info Neurologie & Psychiatrie Dezember 2003*
Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
Facharzt FMH für Psychiatrie

Politische Schlaumeierei!

Der Zürcher «Tages-Anzeiger» unternahm kürzlich den an sich verdienstvollen Versuch, die politische Stellung der Schweizer Volksvertreter nicht nur auf einer Rechts-Links-Achse, sondern auch auf einer zweiten Achse darzustellen, was ein zweidimensionales Bild ergibt. «Rechte» und «Linke» als einziges Merkmal ist nämlich angesichts der zeitgenössischen Probleme zu einer recht fragwürdigen Charakterisierung von Politikern geworden, auch wenn es sich aus Tradition immer noch grosser Beliebtheit erfreut. Die Einstellung von Politikern kann keineswegs gewissermassen auf einer Linie dargestellt werden. Im Grunde bedürfte es zur sachgerechten Darstellung eines mehrdimensionalen Systems. Nun wählte der TA aber als zweite Achse einen angeblichen Gegensatz von «Liberal» und «Konservativ». Auch bei anderen Gelegenheiten bringt der TA die absurde Gegenüberstellung liberal und konservativ. Das ist eine Schlaumeierei; denn der Ge-

gensatz zu konservativ ist keineswegs liberal, sondern progressiv oder fortschrittlich! Man erinnere sich weiland an die Progressiven Organisationen oder den Anspruch von Sozialisten und Kommunisten, «fortschrittlich» zu sein! Er wurde vom TA nur gewählt, um das Konservative als etwas Böses hinstellen zu können. Konservative können aber durchaus auch liberal oder eben autoritär sein! Zudem ist manches, das als fortschrittlich gilt, im Grunde erzkonservativ! Umweltschutz zum Beispiel ist urkonservativ. Er besteht ja nicht zur Hauptsache darin, Dinge, die durch zivilisatorische Eingriffe zerstört worden sind, nachträglich mit grossem (auch finanziellem!) Aufwand wieder herzurichten, sondern auf zivilisatorische Eingriffe, die mit einer Zerstörung lebenswichtiger natürlicher Grundlagen verbunden sind, überhaupt zu verzichten, also zu bewahren und zu schützen, zu «konservieren», konservativ zu sein!

Jean-Jacques Hegg

Robbenjagd kommt wieder auf!

Das Hauptargument der Robben- und Fischereiverbände: Der Kabeljau-Bestand leidet massiv unter der Robbenpopulation. Tatsache ist: Der Speiseplan der Robbe besteht nur gerade zu 3 Prozent aus Kabeljau. Verantwortlich für den Rückgang der Kabeljau-Bestände sind fast ausschliesslich die Überfischung und die Verunreinigung der Meere.

Die kanadische Regierung hat aus diesen falschen Gründen die Fangquoten dramatisch erhöht. Sie sind nun so hoch, dass die Sattelrobbe-Bestände ernstlich bedroht sind. Der Skandal: Diese bereits viel zu hohen Fangquoten werden nicht kontrolliert. Die Dunkelziffer liegt bei nochmals zirka 100 Prozent.

Trotz der zeitlich beschränkten Jagdsaison werden Robben das ganze Jahr über gejagt. Die Robbenjagd wird von der kanadischen Regierung nicht nur gutgeheissen, sondern erst noch subventioniert.

Grausame Jagdmethoden

Robbenbabys werden mit einem Eispickel – dem so genannten Hakapik – erschlagen. Die Jäger schlagen dem Robbenbaby damit auf den Kopf, bis es tot oder bewusstlos ist. Diese Art des Tötens verhindert die Beschädigung des Pelzes durch ein unerwünschtes Einschussloch. Wissenschaftliche Untersuchungen haben bewiesen, dass über 40 Prozent der Robbenbabys noch leben, wenn mit der Häutung begonnen wird. Sie sind dann zum Teil noch bei vollem Bewusstsein. Da Robbenbabys erst nach ihrem zweiten Fellwechsel getötet werden dürfen (ca ab der 4. Lebenswoche), werden sie oft früher eingefangen und unter widrigsten Bedingungen in Gefangenschaft gehalten bis zum Fellwechsel.

Ältere Tiere werden erschossen. Leider wird ein grosser Teil der geschossenen Robben aber nicht tödlich getroffen: Die angeschossenen Tiere flüchten ins nahe Eiswasser, wo sie einsam und qualvoll verenden.

Keine artgerechte Pelzgewinnung!

Die Robbenjäger behaupten, dass diese Art der Verfolgung und Tötung «artgerechte Pelzgewinnung» sei. So haben sie es mit dieser Lüge geschafft, Robbenpelze bei Modelabels und Designern so-



wie auch den Konsumenten in Übersee wieder in Mode zu bringen.

Der Penis der männlichen Sattelrobbe wird für den asiatischen Raum als Potenzmittel aufbereitet und findet dort regen Absatz. Der Blubber, die isolierende Fettschicht der Sattelrobbe, wird zu Fetten und Öl für Kosmetika, Cremes und Seifen verarbeitet. Robbenkadaver werden auch an Nerz- und Fuchszuchtfarmen verkauft und dienen dort den geschundenen Tieren als Futter.

Aus: Schweizer Tierschutz

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die
SCHWEIZER
DEMOKRATEN
in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

Nein zu «Avanti plus»!

Interview von Oekoskop mit Frau Prof. Dr. med. Charlotte Braun-Fahländer, Institut für Sozial- und Präventivmedizin Universität Basel.

Oe.: Als Mass der Luftverschmutzung werden in Studien Feinpartikel (PM10/PM2,5) verwendet. Warum gerade Feinpartikel?

CB: Die Feinpartikel sind ein Indikator für die Belastung der Luft mit Schadstoffen aus den drei Hauptquellen Verkehr, Industrie und private Haushalte. Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Studien, die zeigen, dass erhöhte Feinstaubbelastung mit gesundheitlichen Störungen einhergehen.

Wie präsentiert sich die heutige Situation in der Schweiz bezüglich Luftverschmutzung und wer führt die Verursacherliste an?

CB: Nach wie vor ist die Luftschadstoffbelastung an vielen Orten in der Schweiz – sowohl in den Agglomerationen als auch im ländlichen Raum – zu hoch, auch wenn in letzter Zeit Verbesserungen erzielt wurden. Hauptverursacher für die Luftverschmutzung ist der motorisierte Strassenverkehr.

Wer ist von der Luftverschmutzung betroffen?

CB: Generell sind empfindlich reagierende Menschen unserer Bevölkerung am Stärksten von der Luftverschmutzung betroffen. Das sind vor allem Kinder und Personen mit vorbestehenden Krankheiten, was selbstverständlich ältere Menschen mit einschliesst.

Welches sind die gesundheitlichen Folgen von schlechter Luft?

CB: Die Luft atmen wir ein. Zunächst sind folglich die Atemwege von den Schadstoffen betroffen. Studien belegen aber auch den Zusammenhang der Luftverschmutzung mit Herz-/Kreislaufkrankheiten. Es sind also nicht nur Atemwegserkrankungen, sondern auch kardiovaskuläre Erkrankungen, die bis zu Invalidität und vorzeitigen Todesfällen führen können.



Herz-Kreislauferkrankungen haben an allen Erkrankungen in der Schweiz den grössten Anteil. Das heisst, dass die gesundheitlichen Folgen der Luftverschmutzung relativ viele Menschen betreffen, auch wenn das Risiko für Einzelne nicht direkt wahrnehmbar ist.

Der Avanti-Gegenvorschlag beinhaltet den Ausbau der Infrastruktur für den motorisierten Strassenverkehr. Würde er angenommen und umgesetzt, was erwarten Sie in Bezug auf die Gesundheit der Bevölkerung?

CB: Der Ausbau von Strassen würde Mehrverkehr nach sich ziehen – auch mehr Güterverkehr, da die Verlagerung der Güter von der Strasse auf die Schiene an Priorität verlieren würde. Mehrverkehr bedeutet – sofern die Fahrzeuge nicht massiv technisch verbessert werden – mehr Schadstoffbelastung der Luft, aber auch mehr Lärm. Die direkten gesundheitlichen Auswirkungen würden zunehmen und nicht zu vergessen, auch die psychosozialen Folgen. Wann werden Sie mit Sicherheit das nächste Mal NEIN sagen?

CB: Am 8. Februar 2004. Ich werde Nein stimmen, weil ich den Avanti-Gegenvorschlag aus ärztlicher Sicht ablehne.

Aus: Oekoskop 4/03

Kampf ums Wasser

«Kampf ums Wasser wird ernst» titelte die Tageszeitung «Vorarlberger Nachrichten» vom 9. Oktober 2003. Der österreichische Städte- und der Gemeindebund sowie der Umweltdachverband sehen sich gezwungen, gegen den drohenden Ausverkauf des heimischen Wassers einen Schulterschluss zu bilden. Denn die EU will im Rahmen ihrer Binnenmarktstrategie die Wasserversorgung liberalisieren, das würde bedeuten, Wasser wird

zur Handelsware. Der Bregenzer Bürgermeister stellt fest, die Wasserversorgung sei ein Grundbedürfnis der Menschen und sei der einzige Rohstoff Österreichs. Zudem habe die öffentliche Hand Milliarden in die Wasserversorgung investiert, deshalb gehöre diese in die Hand der Gemeinden und unter demokratische Aufsicht des Bürgers. *Wollen wir unser Wasser auch noch dem EU-Regime unterstellen?* Aus: Grauer Brief der AUNS

Ärgernis Stierkampf

Feste mit Stierkämpfen stehen am Pranger! Können da Stiere auf grünen saftigen Weiden herumtollen und sich des Lebens erfreuen? Weit gefehlt. Diese Feste bringen den Stieren den Tod!

Als «Fest» deklariert wird das Hetzen von Stieren durch Strassen und Volksmassen bis zum «Bull Ring», wo Toreros an den verängstigten und völlig erschöpften Tieren das langwierige Todesritual der Corrida vollziehen. Und jetzt schickt sich die EU auf Betreiben von mehreren französischen und portugiesischen Städten (darunter das Tierschützern bestbekannte Pamplona) an, diese absolute Grausamkeit als Projekt «Mino-taur» in Europa offiziell zu veran-

kern. Finanzielle Mittel – eine erste Subvention beträgt 1,3 Millionen Euro – werden dem sogenannten «Interreg III», einem EU-Programm zur Kulturförderung entnommen! Zynischer gehts wohl nicht mehr!

Franz Weber wird nun gegen alle, die an den Hebeln der Stierkämpfe sitzen, in der freien Universität Brüssel einen Prozess führen. Wir hoffen, dass er mit diesem Schauprozess gegen die Barbarei genügend Menschen aufrütteln und zur Einsicht bringen kann, dass Tiere nicht dazu da sind, zur Unterhaltung gequält und getötet zu werden, auch wenn diese Unterhaltung Tradition hat.

Übertreibungen des Wintertourismus

Zu Beginn der Wintersportsaison haben die drei Umweltschutzverbände Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Pro Natura und WWF an einer Medienkonferenz den Appell an die Öffentlichkeit gerichtet, es mit der Erschliessung der Sportgebiete mit mechanischen Personentransportmitteln und Pisteneinrichtungen nicht zu weit zu treiben. Dies sei auch nicht im Interesse des Wintersportlandes Schweiz und des Schweizer Tourismus allgemein. Romantische und idyllische Schneelandschaften würden dadurch zerstört. Wenn der Schnee wegschmelze, würden «Mondlandschaften» und hässliche geplante Hänge sichtbar und wichtige Lebensräume für die einheimische Fauna wie das selten gewordene Auerhuhn und Haselhuhn aufgehoben.

Auch das Planieren von Pisten sei ein grosses Problem. Seltene Pflanzen wie das vielteilige Fingerkraut und die Schmuckblume gerieten unter Druck oder gingen unwiederbringlich verloren.

Obschon in der Schweiz zwei Drittel der Bergbahnen Finanzprobleme hätten, gebe es 113 Projekte für Erweiterungen und Ausbauten bestehender Skigebiete, erwähnte Rico Kessier von Pro Natura. Sie gefährden viele unersetzliche Naturschätze. Besonders Anlagen in unter 1500 m über Meer liegenden Gebieten seien in Anbetracht der Klimaerwärmung durch die CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre wenig vorausschauend.

In Elm soll das älteste Jagdbanngebiet Europas in eine Tourismus-

zone umgeteilt werden. In Flims will man für eine neue Skipiste 6 Hektaren Wald roden, in Airolo umfassen die Planierungen zum Beispiel 15 Hektaren, und auch oberhalb Zermatt soll eine neue Skipiste errichtet werden.

Kritisiert wurden auch die diesbezüglichen Investitionen der öffentlichen Hände. Bei 13 Neuerschliessungen der Jahre 1993 bis 2001 haben Gemeinden, Kantone und Bund 53 Prozent der Finanzierungen übernommen, die Hälfte davon mit nicht rückzahlbaren Darlehen. Dies sei nicht nur ökologisch verwerflich, sondern auch ökonomisch sehr fragwürdig. Aber auch illegal und die geltenden Umwelt-, Landschafts- und Naturschutzgesetze verletzend würde gebaut. Oberhalb Zermatt im Gebiet Schwarzsee wurden ungesetzlich über 3000 Quadratmeter Piste planiert und Werkleitungen für eine Beschneigungsanlage verlegt. Die Sportbahnen Airolo hätten auf der Alpe Pescium ohne Baubewilligung und Umweltverträglichkeitsprüfung eine Piste planiert. In Cari oberhalb Faido wurde der Bau einer Sesselbahn in Angriff genommen, ohne dass eine Konzession des Bundesamtes für Verkehr vorlag. Erst nachträglich und unter dem Druck vollendeter Tatsachen erteilte es die Konzession doch noch.

B U C H E C K E

Alexander Solschenizyn – zum 85. Geburtstag



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Am 11. Dezember 2003 feierte der berühmte russische Schriftsteller in Moskau seinen 85. Geburtstag. Er wurde Anfang der 70er-Jahre mit seinem dokumentarischen Buch «Archipel GULAG» berühmt. Darin schildert er die unmenschlichen Verhältnisse im sowjetischen Haftapparat. Kürzlich erschienen zwei Bände seines letzten Werkes «Zweihundert Jahre zusammen». Der erste Band beschreibt «Die russisch-jüdische Geschichte 1795–1916», der zweite «Die Juden in der Sowjetunion». Sie erschienen in deutscher Sprache im Verlag Herbig in München. Es lohnt sich, die Person und das Werk Solschenizyns zu würdigen.

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen

Sein Leben in der Sowjetunion

Alexander Solschenizyn wurde am 11. Dezember 1918 als Lehrersohn in Kislowodsk geboren. Sein Studium absolvierte er an der Universität Rostow. Im zweiten Weltkrieg diente er als Artillerieoffizier in der Roten Armee. Wegen öffentlicher antistalinistischer Äusserungen wurde er 1945 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt und in ein Zwangsarbeitslager in die Verbannung geschickt. Dort begann er zu schreiben. Mit ausdrücklicher Billigung Chruschtschows veröffentlichte die Zeitschrift Nowyj Mir 1962 seine Erzählung «Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch», welches erstmals die Zustände in diesen Lagern schilderte. Es erregte im In- und Ausland Aufsehen und machte Solschenizyn berühmt. Es folgten weitere kritische Erzählungen. Als einige seiner Werke verboten wurden, äusserte er sich kritisch über die herrschende Zensur in der Sowjetunion. Das hatte zur Folge, dass ihn der Schriftstellerverband 1969 aus seinen Reihen ausschloss. Die meisten späteren Werke erschienen entweder im Ausland oder in sogenannten Samisdat-Verlagen, d.h. im Geheimen.

1970 wurde ihm der Nobelpreis für Literatur verliehen, den er allerdings nicht persönlich entgegen nehmen durfte.

Sein Leben im Ausland

Im Februar 1974 wurde Solschenizyn aus der Sowjetunion ausgewiesen und verlor zudem die sowjetische Staatsbürgerschaft. Für kurze Zeit lebte er in Zürich, aber zwei Jahre später liess er sich in Vermont (USA) nieder. Die beiden Bücher GULAG 2 und 3 wurden 1975 bzw. 1978 veröffentlicht und in viele Sprachen übersetzt. Durch ein Dekret von Michail Gorbatschow erhielt er 1990 formell die Staatsbürgerschaft zurück, aber eine Rückkehr in seine Heimat wurde erst möglich, als die Staatsanwaltschaft den Grund seiner Ausweisung, nämlich den Vorwurf des «Landesverrats», aufgehoben hatte. Bei seiner Rückkehr 1994 wurde er als Volksheld empfangen. Seine Veröffentlichungen basieren auf dem Ideal einer Rückbesinnung Russlands auf seine traditio-



nellen Werte der Menschlichkeit. 1996 kritisierte er das aktuelle politische System der zentralisierten Macht; dieses sei genau so unkontrollierbar aber auch verantwortungslos gegenüber der Gesellschaft und genau so vor Strafe sicher wie es die kommunistische Macht war. Auch empfindet er das neue Russland nicht als demokratischen Staat.

Im Jahr 1997 nahm ihn die Russische Akademie der Wissenschaften als Mitglied auf. Im gleichen Jahr richtete Solschenizyn einen mit 25'000 US-Dollar dotierten Literaturpreis ein, mit dem Schriftsteller ausgezeichnet werden sollten, die einen Beitrag zum Erhalt und zur Entwicklung der Traditionen russischer Literatur leisten. 1974 hatte der Autor den «Alexander-Solschenizyn-Fonds» gegründet, in welchen er sämtliche Honorare aus seinem Buch «Archipel GULAG» einfliessen liess. Aus diesem Fonds erhielt der Schriftsteller Walentin Rasputin im Jahre 2000 den Preis für seine Schriften über das russische Dorfleben.

1998 schrieb Solschenizyn seine Schrift «Russland am Abgrund», in welcher er die Politiker hart kritisiert.

Zweihundert Jahre zusammen... Sein letztes Werk?

Es kursieren in Russland seit einiger Zeit Berichte, Solschenizyn sei schwer krank. So ist bekannt, dass er über den Jahreswechsel 2002/2003 mehrere Wochen im Spital wegen Bluthochdruck behandelt werden musste. Im vergangenen Oktober schrieb er von der «...kur-

zen Lebensfrist, die mir noch bleibt».

1990 begann der Autor am zweibändige Buch «Zweihundert Jahre zusammen...» zu schreiben. Er selber erklärte, dies sei sein letztes publizistisches Grossprojekt. Seit 2001 liegt es in russischer Sprache vor. In den je 500 Seiten starken Bänden schildert er in einer grossen historischen Dokumentation das wechselvolle Zusammenleben von Russen und Juden zwischen 1795 und 1995 innerhalb eines Staates.

Solschenizyn will mit diesem Werk seinen Beitrag zu einer neuen Völkerverständigung leisten. Dazu schreibt er im Vorwort:

«Ich rufe beide Seiten – sowohl die russische wie auch die jüdische – zum geduldigen gegenseitigen Verstehen und zur beiderseitigen Anerkennung ihres Anteils an der Sünde auf.»

Erst nach der Lektüre beider Bände sollte der Leser darüber entscheiden, ob hier versteckter Antisemitismus in historischem Mantel sichtbar wird, oder ob es sich um die Arbeit eines neutralen Schiedsrichters handelt, welcher ganz bewusst das Risiko eingeht, mit der Arbeit an diesem heiklen Thema keine Lorbeeren holen zu können. Vielleicht sind es künftige Leser, welche in diesem Spätwerk Solschenizyns einen wichtigen Beitrag zur längst fälligen Vergangenheitsbewältigung des Landes erkennen werden.

Alexander Solschenizyn

Band 1: «Zweihundert Jahre zusammen»

Die russisch-jüdische Geschichte 1795–1916, 560 S., 34.90 Euro

Band 2: «Zweihundert Jahre zusammen» Die Juden in der Sowjetunion. 608 S., 39.90 Euro

F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München

Buchdienst
München,
Tel. 0049 8989
60 85 21



Nachdem sich der Pulverdampf verzogen hat...

...lässt sich die politische Situation unseres Landes – allerdings nur an schlaglichtartigen Ereignissen – wieder klarer erkennen.

1. Erkenntnis:

Es hat sich praktisch nichts grundsätzlich geändert. Die Probleme sind geblieben.

- Die vereinigte Linke treibt ihr Spiel zur Weiterentwicklung eines – nein nicht mehr rosaroten – schon eher roten, verschuldeten Umverteilungs- (sprich: Sozial-) Staates munter weiter. Beispiele hierfür sind:
- Der Crash der KVG-Revision mit gütiger Unterstützung der CVP.
- Die Zwängerei mit der Mutterschaftsversicherung, wobei die Forderungen nach Bundesverfassung längst über das KVG und die Gesamtarbeitsverträge gelöst sind.
- Die lauthalse Ankündigung einer Fundamental-Opposition gegen alle Sanierungs-Bemühungen der Sozialwerke – meist wohlwollend kommentiert durch einen Grossteil der Massenmedien.
- Die hemmungslose Aufheizung der Emotionen unter Ausschaltung rationaler Argumente um Wasser auf die eigenen Mühlen zu lenken; exemplarisch vor demonstriert mit der angeblichen Benachteiligung der Frauen bei den Bundesratswahlen und dem sog. Rentenklau.
- Alle sogenannt progressiven Politiker/innen von ganz links ausen bis weit ins Bürgertum hinein drängen – trotz klar gegenteiliger Mehrheitsmeinung des Souveräns – auf die Selbstaufgabe der politischen Unabhängigkeit der Schweiz. Weiterhin halten sechs von sieben Mitgliedern des Bundesrates am relativ nahen Fernziel des Beitrittes der Schweiz in die EU fest. (Einer der Kampfschreie der Blocher-Gegner hiess doch: Es darf nicht sein, dass ein EU-Beitrittsgegner Einsitz im Bundesrat nimmt!)
- Ebenso ist die Bereitschaft, das eigene Volk untergehen zu lassen, nicht nur von der äussersten Linken akzeptiert. Wie sonst könnte man trotz aller dräuender Zeichen wie
 - Integrationsproblemen in den Schulen und in der Gesellschaft;
 - Zunehmender, überdurchschnittlich häufiger Verwahrlosung (oft mit kriminellen Entgleisungen) junger Ausländer;

- Rasanter Verschiebung des Geburten/Todesfall-Verhältnisses zu Gunsten der ausländischen Wohnbevölkerung die bisherige Einwanderungspolitik ungerührt weiterführen.
- Was bedeutet die forcierte Vernichtung des Nährstandes und die Abschaffung der Verteidigungs-Armee?

2. Erkenntnis:

Die Massenmedien spielen eine immer unheilvollere Rolle und schrecken vor konzertierter Verleumdung missliebiger, politischer Exponenten, resp. geplanten Aktionen kaum noch zurück.

- Ganz ähnlich wie Ende Sechziger/Anfang Siebziger Jahre mit James Schwarzenbach geschehen, wurde und wird jetzt Christoph Blocher zur angeblich alleinigen Führungsfigur einer Volksbewegung – der SVP – hochstilisiert, um dann mit ihm die ganze Bewegung fertig machen zu können. Wenn in einer grossen Tageszeitung durch ein Redaktionsmitglied ungestraft behauptet werden konnte, Blocher habe bei der Vereidigung statt zu schwören den Nazigruss gemacht, so ist damit ein absoluter Tiefpunkt der Verleumdung und Verhetzung erreicht.
- Weil Bundesrat Couchepin das Thema Sicherung der Sozialwerke im Zusammenhang mit den demographischen Veränderungen zur Diskussion zu stellen wagte, wird dieser verantwortungsbewusste Liberale zur Karikatur eines Sozialabbauers erniedrigt. Dabei spielen die allgemein bekannten demographischen Fakten offenbar keine Rolle; sie werden verschwiegen oder weggeschnorrt.
- In absolut liederlicher Art drängen sich die Vertreter der Massenmedien (Reporter und Photographen) ins Berufs- und Privatleben prominenter Persönlichkeiten und suchen jede Handlung und (oft provozierte) Äusserung zur portionenweisen Vernichtung der Glaubwürdigkeit zu verwenden. Umgekehrt legen sie den Mantel des Schweigens gnädig über ihnen passende Persönlichkeiten, selbst wenn diese schlimme Fehlritte begehen oder bagatellisieren diese, resp. kreieren neue, passende Moralvorstellungen.
- Die wohl schlimmste Gefahr besteht darin, dass die modernen



- Massenmedien für sich eine fast unbegrenzte Freiheit im politischen Raum beanspruchen, ohne aber entsprechende Verantwortung zu übernehmen. Das jüngste Beispiel hierfür ist die Diskreditierung der Sparvorschläge und der Ideen zur Mittelbeschaffung von alt Bundesrat Villiger. Die unheilvolle, zunehmende Verschuldung unseres Landes scheint dabei irrelevant zu sein. Da macht die selbsternannte «stärkste Tageszeitung der Schweiz» ungehemmt in billigstem Populismus und jubelt den angeblich «tobenden» SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner hoch. Dieser ist selbstverständlich – sozusagen von berufswegen – gegen jegliche Zusatzbelastung des LkW- und PW-Verkehrs. Mit einem Bestand von über 5 Millionen autofahrenden Zeitgenossen in der (noch immer gleich kleinen) Schweiz ist es leicht, mit dieser Botschaft Zustimmung zu ernten.
- Nicht zu übersehen ist, wie die Seilschaften innerhalb der Massenmedien funktionieren. Selbst gesetzesbrecherische Aktivitäten werden milde kommentiert oder gar verschwiegen, sofern die Fehlbaren nur aus dem eigenen Teig kommen.

3. Erkenntnis:

Auch nach den Wahlen vom Oktober wird die Lüge als probates Mittel zur Vertuschung politischer Ziele hemmungslos eingesetzt.

- Vor den Wahlen des Bundesrates drehte sich die ganze Diskussion einerseits um den Anspruch eines zweiten Sitzes durch die SVP, andererseits die Verhinderung der Wahl von Christoph Blocher

in den Bundesrat. Demgegenüber stand die absolute Weigerung der CVP aus der Wahlniederlage die Konsequenzen zu ziehen und auf einen Sitz in der Landesregierung zu verzichten.

- Als in der Ausmarchung um den 3. Sitz im Bundesrat die SVP ihren Anspruch realisieren konnte, liess die CVP ihre Bundesrätin zu Gunsten des eher links politisierenden Bundesrat Deiss fallen. So wurde Deiss mit Hilfe der vereinigten Linken problemlos im 1. Wahlgang gewählt. Frau Metzler erhielt ihre 86 Stimmen aus den Reihen der SVP und der FdP.
- Dass dann bei der Ausmarchung um die Nachfolge von Bundesrat Villiger die Seeländerin Beerli gegenüber dem Ostschweizer Merz unterlag, hatte primär regionalpolitische, sekundär ideologische Gründe. Merz ist ein Mann der Wirtschaft, Beerli als Schuldirektorin steht eher für Bildung und Kultur.
- In keinem Moment stellte sich die Geschlechterfrage. Mit der geradezu hysterischen Reaktion auf die Tatsache, dass nur noch eine Frau im Bundesrat verblieben war, versuchte die Linke samt der CVP ihre Verantwortung für dieses Wahlergebnis zu vertuschen. Und die Feministinnen und ein Teil der Presse sprangen begeistert auf diesen Zug auf.
- Wer erinnert sich nicht, wie früher Bundesrat Ogi andauernd von der Aufrechterhaltung der Neutralität schwafelte und gleichzeitig den Umbau der Armee zur NATO – Tauglichkeit vorantrieb. Dafür wurde er seinerzeit von Bill Clinton als «braver Junge» belobigt und hat sich jetzt bei der UNO einen von unserem Land finanzierten Ehrenposten gesichert. Haben wir ver-

gessen wie Bundesrat Schmid brav auf Ogis Spur weiterging und die Gegner der Armee-Reform als Phantasten, ja Spinner abqualifizierte als diese das Problem der Neutralität im Zusammenhang mit den Auslandsentsätzen zu thematisieren wagten.

- Bei der kürzlichen Übergabefeier der Armee 95 an die Armee XXI liess der neue Armee-Chef Keckeis die Katze aus dem Sack. Er nannte den Einsatz der Armee im Ausland als einen zentralen Aufgabenbereich dieser neuen Interventionstruppe, die als Modul der Nato-Organisation oder der geplanten EU-Armee verwendbar sei. Na dann also: Ade Neutralität!
- Unsere Kinder werden in spätestens 30 Jahren dann auch in der Schweiz Gefallenen-Denkmäler bewundern dürfen, so wie es in allen umliegenden Ländern fast in jedem besseren Dorf möglich ist.

Und die Schlussfolgerungen für die Schweizer Demokraten:

Angesichts der schweren Wahlverluste unserer Partei, des faktischen Verschweigens ihrer Positionen und Anstrengungen in den Massenmedien, der Übernahme klassischer Forderungen der SD durch die zur Zeit erfolgreiche SVP sind Zweifel am Sinne der Weiterführung des politischen Kampfes durch die SD verständlich.

Zu bedenken ist jedoch, dass wichtige Themen der politischen Agenda weder von der SVP noch sonst irgend einer Partei oder Organisation explizit und nachdrücklich im politischen Raum vertreten werden.

Zu denken ist an

- Die Bevölkerungspolitik im Sinne der Beschränkung der Bevölkerungszahl auf ein für unser Land tragbares Mass, das heisst eine gezielte, restriktive Migrationspolitik.
- Die Förderung der Gebärfreudigkeit unserer jungen Frauen
 - durch Aufwertung der Mutterschaft;
 - durch Stützung und Ehrung kinderreicher Familien;
 - durch Betonung der Rolle der Frauen für das Überleben unseres (und jeden) Volkes.
- Den Kampf gegen die wirtschaftliche Dominanz gegenüber allen andern Bereichen des Lebens, wie
 - Schutz der Lebensgrundlagen;
 - der Tradition und Kultur;
 - die Erhaltung der natürlich gewachsenen Gemeinschaften in Familie, Dorf und Stadt.

– Die Hochhaltung der Selbstverantwortung des Menschen für sein Tun und Lassen.

– Die Verteidigung der integralen Neutralität, die ein Pfeiler der Existenz eines jeden Kleinstaates ist.

– Das unerschrockene Eintreten für die Wahrheit in den Berichterstattungen und die Korrektheit in Kommentaren von politisch relevanten Vorkommnissen durch die Massenmedien.

Es gibt also Aufgaben genug, die für eine kämpferische Kleinpartei Gelegenheit zur Profilierung und damit die Gewinnung der Unterstützung breiterer Bevölkerungskreise bieten.

Packen wir's an!

Hans Spitz, Köniz

Und hier noch ein Gedicht einer Leserin des «Schweizer Demokrat»:

Verlorene Jugend – verlorene Zukunft!

*Sie lassen sich fallen –
Sie lassen sich treiben –
Während wir ihnen
Lebensregeln vorschreiben...*

*Sie frönen dem Nichtstun –
In einer Lustlosigkeit –
Sie möchten Frieden –
Und keinen Streit...*

*Sie sehen die bröckelnden,
falschen Kulissen –
und finden die Welt –
traurig und beschissen...*

*Sie fühlen sich verwirrt –
Suchen Ideale und Werte –
Sie fühlen sich verletzt –
Durch unser Unverständnis
und Härte...*

*Sie haben keine Orientierung –
Sie haben keine Ziele –
Es sind nicht wenige –
Sondern viele...*

*Sie drehen sich im Kreise –
Sie wollen nicht kämpfen –
Während die Politiker –
Ihre Hoffnungen noch
dämpfen...*

*Ihre Eltern sind «brav» –
Und oft – sehr «gescheit» –
Und brachten es im Leben –
Ziemlich weit...*

*Eine Gesellschaft ohne Werte –
Eine Gesellschaft voller Lügen –
Wir sollten nicht die Jugend –
Sondern uns selber rügen...*

Sereth

Bei Bundesratswahlen Sache vergessen!

Die mediale Begleitmusik der letzten Bundesratswahlen war ein Affentheater, bei welchem es nur noch um Personen ging und die Sache völlig aus dem Blickfeld geriet. Man bekam den Eindruck, als seien die Schulden der öffentlichen Hände und eine angebliche Wachstumsschwäche der Wirtschaft die einzigen Probleme, welche die Schweiz habe. Vergessen die wachsenden Krankenkassenprämien, die nicht nur Alleinerziehende, sondern vor allem kinderreiche Familien erdrücken, das Geburtendefizit bezüglich des Generationenersatzes, den Bildungsnotstand, die drogenverseuchte Jugend, die zunehmende Zahl von IV-Berechtigten, den Verkehrskollaps, die zunehmend belastete Umwelt, gewiss auch die Bedrohung der Altersversorgung. Die meisten dieser Schwierigkeiten lassen sich auf eine völlig falsche Einwanderungspolitik zurückführen. Den Bildungsnotstand zum Beispiel auf die wachsende Zahl Fremdsprachiger, die Bedrohung der Altersversorgung auf den völlig unnatürlichen, verzerrten Altersaufbau der Bevölkerung mit zu wenig jungen und zu vielen alten Leuten, Ver-

kehrskollaps und belastete Umwelt auf zu hohe Bevölkerungsdichte, die staatlichen Schuldenberge auf die Kostspieligkeit einer überbevölkerten multikulturellen Gesellschaft, die Drogenseuche auf ausländische Drogenhändler und die Zahl der Invaliden mit insbesondere psychischen Störungen auf die nationalen, sprachlichen, ethnischen und religiösen Entwurzelungen und den Aberglauben, man könne einfach «die Wirtschaft» auf Hochleistung trimmen. Zur «Wachstumsschwäche» ist hingegen ein grosses Fragezeichen zu setzen, hat die Schweiz doch im internationalen Vergleich immer noch eine rekordnahe tiefe Arbeitslosenzahl. Was für einen anderen Zweck hat aber «die Wirtschaft», als möglichst allen Einwohnern Arbeit und Brot zu verschaffen?

Es gibt im Grunde nur eine Lösung für die wirklich hängigen Probleme der Schweiz:

Die andauernde Einwanderungsbewegung muss endlich gestoppt werden! Sammeln Sie Unterschriften für die neue Volksinitiative der SD «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten»!

Warum sind die Renten unsicher?

Bei der öffentlichen Diskussion über die Sicherung der AHV und der Renten überhaupt wird ein Tatbestand viel zu wenig beachtet: die Generation der heute Rentenberechtigten, die in den Fünfziger- und Sechzigerjahren Familien gründeten, hatten eine durchwegs normale Geburtenziffer, welche den Fortbestand des Volkes sicherten. Ihnen heute die Renten zu vergönnen, ist deshalb abwegig. Allerdings propfte sich auf diese Geburtenziffer der üblichen Art eine Masseneinwanderung auf, welche zu einer galoppierenden Bevölkerungsvermehrung führte. Erst ab etwa 1970 begann die Schweizer Geburtenziffer abzusinken und senkt sich weiter ab, und zwar sowohl die der eingeborenen Schweizer als auch die der assimilierten und zum Teil eingebürgerten Einwanderer. Es ist die jüngere Generation, welche auf Kinder verzichtet, sich Familienlasten erspart und damit ihre Altersversorgung selbst bedroht. Sie zu bedauern, hat sich deshalb in Grenzen zu halten.

Daraus ergeben sich zwei wichtige

demografische Schlüsse: erstens ist es ein Blödsinn zu behaupten, wie es die Regierungsparteien jahrzehntelang getan haben, die Fremdarbeiter würden uns die Altersrenten sichern. Auch Einwanderer werden alt und müssen altersversorgt werden. Zweitens ist die nun ebenfalls Jahrzehnte lang andauernde Politik einflussreicher Kreise der Schweiz, möglichst nur Arbeitskräfte einzuwandern zu lassen, den Familiennachzug aber möglichst klein zu halten, eine Politik, die in eine demografische Sackgasse führt.

Die Arbeitslosigkeit insbesondere auch bei der jüngeren Generation bildet hiezu ein gewisses Paradox. Dazu ist nur ein Kommentar möglich: geordnete Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und in der Altersversorgung sind nur bei einer harmonischen Bevölkerungsentwicklung möglich, das heisst alle Generationen ungefähr gleich gross. Es gäbe übrigens ein einfaches Mittel gegen die Arbeitslosigkeit: weniger Einwanderer.

*Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, e. Nationalrat*



Kanton Basel-Land



Baselland: Gemeindewahlen vom 8. Februar 2004










Wir rufen Sie auf, in den Gemeinden Allschwil, Liestal, Pratteln und Reinach unsere SD-Einwohnerratsliste 9 unverändert zu wählen. Ebenso bitten wir um Ihre Unterstützung für die Gemeindekommissionsliste Frenkendorf. In der Gemeinde Birsfelden schreiben wir

unseren ehemaligen Landrat Mirko Meier, der auf der Liste 3 kandidiert, zweimal auf die Gemeindekommissionsliste. Wir dürfen keine einzige Stimme verschenken – deshalb leere SD-Listenlinien bitte leer lassen! Und Bruno Steiger wählen wir in den Allschwiler Gemeinderat!

In all diesen Dorfanzeigern machen wir eine starke Inseratenkampagne. Zudem sind wir mit Plakaten präsent und werden in jede Haushaltung ein Flugblatt schicken. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen!

SD-Baselland

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet immer am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz, statt. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	20./21./22. Februar: Grossangelegte Flugblattverteilung in der Stadt St. Gallen. Anmeldung: Roland Uhler (Tel. 071 278 06 72).
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Nassacker in Schlieren Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Baselbieter Gemeindewahlen

8. Februar 2004: SD-Liste 9 unverändert wählen in Allschwil, Frenkendorf, Liestal, Pratteln und Reinach.

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die leeren Listenlinien leer lassen!

In den Gemeinderat Allschwil:
Bruno Steiger

In die Gemeindekommission Birsfelden: Mirko Meier

Anzeigen

3-Zimmer-Wohnung in Bauernhaus

(Küche, Bad, Garage, Gartenanteil und Waschküche)
in 2538 Romont / BE (zwölf Kilometer von Biel und vier Kilometer von Grenchen entfernt).
Preis ca. Fr. 600.–

Interessenten melden sich abends unter Telefon 032 377 14 47 (Herr Bättscher)

Steuererklärungen

(ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



Kanton Thurgau



Über 2160 Referendumsunterschriften im Regierungsgebäude Frauenfeld am 12. 12. 03 deponiert

SD-Referendum gegen den Ausverkauf der Heimat ist im Kasten!

Keinen Rappen Einkommenssteuern!

In unseren über 80 Gemeinden sollen Jahr für Jahr 30 Liegenschaften an Reiche und Superreiche in aller Welt verkauft werden. Regierende spekulieren, dass diese Reichen im Thurgau teure Villen als «Kapitalanlage Schweiz» bauen werden. Leider aber versteuern solche Leute hier keinen Rappen Einkommen, denn ihr Wohnsitz ist und bleibt im Ausland! Auch die bezahlten Perimeter für die Erschliessung der Grundstücke sind in den meisten Gemeinden kaum kostendeckend!

Klügere Möglichkeiten nutzen!

Seit Jahren und Jahrzehnten werden unter dem Stichwort «Lex Friedrich» solche Verkäufe im Wallis, Tessin und Graubünden praktiziert, mit dem Resultat, dass Einheimische auswandern müssen, weil einfach alle Kosten erdrückend werden; auch Gewerbler können nicht mehr existieren. Zu-

dem sind ganze Dorfteile ohne Leben. Stehen Leute, die glauben, auf diese Weise Wachstum anzukurbeln, nicht völlig neben den Schuhen? Gäbe es nicht viel bessere und klügere Ankurbelungen für Wirtschaft und Gewerbe? Vielleicht Nachisolationen, bessere Fenster und Heizanlagen, mit denen auch die Umwelt geschont würde?

Zur Beruhigung: «Lex Friedrich»

Zur Beruhigung der einheimischen Bevölkerung wurde in den obigen Bergkantonen die «Lex Friedrich» eingeführt – aber in Jahrzehnten soviel an Personen im Auslande verkauft, dass die Preise und Lebenskosten gewaltig und kontraproduktiv gestiegen sind. Ganze Quartiere sind ohne Leben, in toten Wasserleitungen schwimmen vielerorts Kolibakterien, die vor allem für Kinder gefährlich sind. Söhne und Töchter von Einheimischen wandern ins Unterland; viele finden in ihrer Heimat keine Existenzbasis mehr; alles ist zu teuer geworden!

Grüne versagen total

Warum haben Grüne im Kantonsrat zu dieser Vorlage geschlossen NEIN gesagt; wo aber bleibt ihre Konsequenz? Alles nur schöne Worte und grüne Parolen? Wo bleibt die grüne Logik? Wir Schweizer Demokraten danken für die Unterschriften und den Sammlern für ihren idealistischen Einsatz und fragen: Verteuert nicht jede zusätzliche Nachfrage unseren Standort und damit Leben und Produzieren im Thurgau? Steigert nicht jede Zuwanderung die enormen Entsorgungsaufwendungen und -kosten? Werden dadurch nicht Arbeitsplätze noch mehr gefährdet, die vor einigen Jahren noch ausgezeichnete Renditen abwarfen – dies, obwohl kein einziger Lohn auch nur um einen Franken angehoben wurde?

Unbedingt Arbeitsplätze im Thurgau halten!

Erhalten wir darum das bisschen Natur, denn sie ist schon jetzt zu

einem grossen Teil zerstört und zwar wegen viel zu dichter Überbauung. Viele Tiere und Pflanzen sind ausgestorben. Erhalten wir darum das bisschen Natur unseren Kindern und Nachkommen.

Mit der Öffnung zum EU-Raum und zu den EU-Ostgebieten – natürlich entgegen den Volksabstimmungen und entgegen dem Volkswillen – wird der Andrang von Kapitalien aller Art ab 2004 in die EU-unabhängige Schweiz gewaltig sein!

Aber die Arbeitgeber haben es klar gesagt: Wenn die Lebens- und Produktionskosten im Thurgau steigen, werden vermehrt und beschleunigt Arbeitsplätze ausgelagert – zum Schaden von Volk und Land. Diese Vorlage darf darum niemals angenommen werden!

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau, Willy Schmidhauser,
Präsident,
Hans Meyer, Kant. Parteileitung,
Heinz Greminger,
Kant. Parteileitung*

Ein Ja für die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter»

Für mich ist ganz klar: Diese Volksinitiative ist längst fällig und es ist zu hoffen, dass das Stimmvolk am 8. Februar 2004 ein klares JA in die Urne legen wird. Dass diese Initiative überhaupt nötig wurde, daran sind ausschliesslich unsere Gerichte und die sie beratenden Psychiater und Psychologen schuld. Wenn man jeweils die Urteile z.B. bei Sexualverbrechen liest, stehen einem die Haare zu Berge. «Strafen» von 2 bis 3 Jahren Zuchthaus für Vergewaltigung, vielfach in ganzen Gruppen durchgeführt, nenne ich höchstens Aufmunterungsurteile. In letzter Zeit liest man zwar hie und da von Urteilen von 5 bis 7 Jahren. Das sind aber erstens ganz vereinzelte Ausnahmen (Urteile von maximal 18

Monaten bedingt sind selbst bei brutalsten Massenvergewaltigungen in der Schweiz gang und gäbe) und zweitens liegt die Vermutung nahe, dass diese paar etwas strengeren Verurteilungen im Vorfeld zur Abstimmung gefällt worden sind, um dieser Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen. Nach der Abstimmung werden solche «strengen», nach meiner Ansicht jedoch höchst gerechten, Urteile wohl kaum mehr angewendet werden. Ganz abgesehen davon wird in der Schweiz praktisch jeder Schwerverbrecher «wegen guter Führung» frühzeitig entlassen. Natürlich führen sich Verbrecher im Gefängnis gut auf, können sie doch damit mit Leichtigkeit ihre Haft um bis zu einem Drittel ver-

kürzen. Sehr oft wird eine Haftstrafe auch in «Verwahrung auf unbestimmte Zeit» umgewandelt. Diese Zeit kann sogar kürzer ausfallen als die eigentlich ausgesprochene Zuchthausstrafe; sobald irgendwelche Psychologen oder Psychiater «feststellen», dass der Täter «geheilt» ist. Logisch stellen diese «Fachleute» sehr gern die «Heilung» ihrer Patienten fest, denn nur so können sie beweisen, dass ihre Arbeit genützt hat. Man denke an die beiden Fälle Hauert und insbesondere Ferrari. Der letztere war bereits einmal wegen Mordes an einem kleinen Jungen zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nicht nur, dass ein solches Urteil für Mord geradezu lächerlich ist, wurde Ferrari auf

«gut schweizerische» Art schon nach acht Jahren wieder auf freien Fuss gesetzt. Bereits nach 1 bis 2 Jahren begann Ferrari wieder mit Kindsmorden. Trotzdem insgesamt über ein Dutzend Mordfälle die «Handschrift Ferraris» trugen, wurde er schliesslich nur wegen fünf sicher nachweisbaren Morden angeklagt und verurteilt. Alle diese Kinder wären heute noch am Leben und unendliches Leid für die Familien und Freunde vermieden worden, wenn Ferrari bereits nach dem ersten Mord wirklich lebenslang bekommen hätte. Und ich bezweifle sehr, dass Ferrari nach der jetzigen lebenslangen Zuchthausstrafe wirklich bis an sein Lebens-

Fortsetzung Seite 10



Lebenslanglich hinter Schloss und Riegel: Ein Volksbegehren fordert, dass nicht therapierbare Straftäter verwahrt bleiben – und zwar unwiderruflich.

Ein Ja für die Volksinitiative...

Fortsetzung von Seite 9

ende weggesperrt werden wird. Irgendein «bekloppter» Psychiater wird Ferrari schon noch frühzeitig als geheilt und keine Gefahr mehr für die Öffentlichkeit beurteilen.

Sicherheit ist ein Grundrecht

Die Gegner dieser Initiative behaupten, es sei unmenschlich, Menschen bis zum Lebensende wegzusperrn. Dazu ist folgendes zu bemerken. Die Hürden für eine lebenslange Verwahrung sind sehr hoch: So muss ein solches Gutachten von zwei voneinander unabhängigen, erfahrenen Fachleuten erstellt werden. Allein diese Tatsache macht eine Fehlbeurteilung fast unmöglich. Ausserdem heisst

«lebenslang» auch hier nicht unbedingt lebenslang. Wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse bekannt werden, nach denen ein Täter geheilt werden kann, können neue Gutachten erstellt werden. Zudem gilt die Initiative nur für die ganz schweren Fälle. Es wird geschätzt, dass es heute in der Schweiz total nur 30 bis 50 Täter gibt, die für eine solche Massnahme überhaupt in Frage kommen. Es geht bei dieser lebenslangen Verwahrung nicht um Rache, sondern ganz klar um den Schutz der Bevölkerung, genau genommen von Frauen und Kindern. Die Gewaltopfer, vor allem aber Opfer von Sexualtätern haben in jedem Fall lebenslanglich.

*Dr. Dragan Najman,
SD-Grossrat, Baden*

Unterschriftensammlung

Wenn nur alle wie die Zürcher sammeln würden!

Stand der Unterschriftensammlung per 31.12.2003

AG	1373		
BL	699	BS	276
BE	2739	(davon Stadt Bern 963)	
ZH	6539	(davon Stadt Zürich 2372)	
LU	748	NW	104
OW	25	SZ	127
Übrige Innerschweiz			46
SG	1948	TG	826
AR	325	AI	70
SH	62	GR	71
SO	102		
Westschweiz + TI			268
Total			16348

Wie jedermann leicht feststellen kann, ist die Sammeltätigkeit leider in fast allen Sektionen weiterhin völlig ungenügend. Nur die Schweizer Demokraten der Sektion Kt. Zürich scheinen die Situation unserer Partei erfasst zu haben und wie wichtig das Zustandekommen dieser Initiative für unsere Partei ist. Was nützt es uns, wenn wir bei Wahlen in Kantons- und Gemeindeparlamente einige wenige Sitze erreichen, die meist nicht einmal zur Bildung einer selbständigen Fraktion reichen, wenn unsere wichtigste Waffe, nämlich das Ergreifen von Initiativen und Referenden, stumpf bleibt.

Denn wenn wir es nicht schaffen sollten, innert 18 Monaten 100'000 Unterschriften für eine Initiative zu sammeln, dürfen wir uns keiner Illusion hingeben, je wieder ein Referendum, wo man innert 3 Monaten 50'000 Unterschriften sammeln muss, eigenständig ergreifen zu können. Vor allem, wenn man bedenkt, dass Unterschriften für unsere jetzige Initiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» sehr leicht zu sammeln sind, da die meisten angesprochenen Leute spontan unterschreiben. Voraussetzung ist allerdings, dass man sie anspricht!

Mit «Zürcher» Aktivität sammeln!

Wie bereits erwähnt, wird nur im Kanton Zürich organisiert und aktiv gesammelt. Wenn man die 6539 Unterschriften, welche im Kanton Zürich bisher gesammelt wurden, im Verhältnis der Bevölkerung auf die ganze Schweiz aufrechnet, hätten wir jetzt gegen 40'000 Unterschriften, was durchaus im Rahmen läge. Ich habe mir die Mühe gemacht, von den mittleren und grossen Kantonen, wo wir eine organisierte kantonale Partei haben, auszurechnen, wieviel Unterschriften sie hätten sammeln müssen und wieviel noch fehlt, um dieselbe Unterschriftenzahl wie der Kt. Zürich zu erreichen (unter Berücksichtigung der jeweiligen Einwohnerzahlen):

Kanton	gesammelte Unterschriften	Vergleich mit Kanton Zürich (im Verhältnis zur Einwohnerzahl)		
		Soll	Fehlende Unterschriften Anzahl	in Prozent
AG	1373	2900	1527	53
BE	2739	5000	2261	45
BL	699	1370	671	49
BS	276	1000	724	73
LU	748	1840	1092	59
SG	1948	2360	412	17
TG	826	1200	374	31

Man kann jetzt sagen, diese Zahlen seien rein theoretisch und bloss Spiegelfechtere. Stimmt! Aber vielleicht werden sie den einen oder andern Kantonalpräsidenten und seine Vorstandsmitglieder an der Ehre packen: «Wir können doch die Zürcher nicht so im Regen stehen lassen und was die können, können wir ebenfalls oder sogar noch mehr.»

Nächste Sammelmöglichkeiten

Am 8. Februar ist der nächste Termin für eidgenössische Abstimmungen. Es wird über drei wichtige Themen abgestimmt:

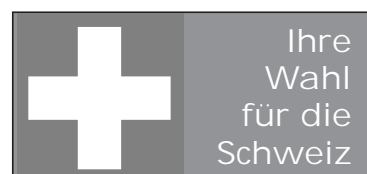
1. Avanti-Initiative; Gegenvorschlag
2. Änderung des Obligationenrechts (Mieten)
3. Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewalttäter».

Es ist anzunehmen, dass diese drei Themen eine relativ hohe Stimmbeteiligung ergeben werden. Die Kantonalsektionen sind aufgerufen, möglichst viele Sammelequipen zusammen zu stellen und in geeigneten Ortschaften vor den Abstimmungslokalen intensiv sammeln zu lassen. Diese Sammelequipen sollten nicht allzu gross sein. Lieber kleine, dafür mehr Equipen. Im Allgemeinen sammelt man nämlich an zwei Orten mit je zwei bis drei Leuten mehr Unterschriften als an einem Ort mit fünf Leuten.

Trotzdem heute sehr viele Leute schriftlich abstimmen, lohnt es sich, vor Abstimmungslokalen Unterschriften zu sammeln. Hier gesammelte Unterschriften sind praktisch zu 100 Prozent gültig, da alle Leute, die abstimmen gehen, auch an diesem Ort stimmberechtigt sind. Sammelt man nämlich Unterschriften irgendwo in der Öffentlichkeit (an Anlässen, vor Einkaufszentren usw.) sind durchschnittlich 10 Prozent der Unterschriften ungültig.

Weitere Sammelmöglichkeiten sind die Kantonsratswahlen in St. Gallen, die Gemeindewahlen in Baselland und die Grossratswahlen in Basel-Stadt. Hier kann man nicht nur vor den Wahllokalen sammeln, sondern vor allem an Propagandaständen. Das ist dann gleichzeitig die beste und günstigste Wahlwerbung.

Dragan Najman, Baden



Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Nach den Bundesratswahlen vom 10. Dezember sassen die Vertreter der vier zur Hauptsache am Wahlkampf beteiligten Parteien zusammen und gaben am Radio ihren Kommentar ab zum Resultat.

Der Ärger des Vizepräsidenten von der SP war unüberhörbar. Vor allem beanstandete er das Alter der beiden neuen Bundesräte Blocher und Merz. Als ob Erfahrung und Leistung überhaupt nicht zählen

würden. Und als ob nicht auch jüngere Generationen im Bundeshaus sässen! Die Tatsache, dass Demonstrationen, Vandalismus und unverschämte Ansprüche an den ohnehin hoch verschuldeten Staat kaum geeignet sind, das Vertrauen in solche «Volksvertreter» zu fördern, das schien den SP-Vertreter nicht zu kümmern. Wahrscheinlich wissen die Randalierer ja ohnehin nicht einmal, was die direkte Demokratie in der Schweiz überhaupt bedeutet!

Margrit Spiess, Sufers

Grün-Rote Umweltzerstörung

Beiträge über Ruth Genner und Grüne.

Ich würde Frau Ruth Genner gerne einmal fragen, wie ihre Programme überhaupt zusammen passen können? Wie ist es möglich, dass sie die eklatanten Widersprüche einfach übersehen kann oder will? Da muss eher Absicht dahinter stecken, denn Frau Genner kann doch eine gute Bildung vorweisen. Ich bin sehr naturorientiert und gründete deshalb eine Waldstiftung, die sich für eine «andere Walderfahrung» stark macht und ebenso für die Natur vor der Haustüre. Wegen meiner grossen Nähe zum Grünen nervt mich das Verhalten der grün verkleideten Sozialisten mit dem Namen «Grüne Partei der Schweiz» gewaltig.

Vor nicht allzu langer Zeit betrug die Gesamtbevölkerung in der Schweiz unter fünf Millionen. In Riesenschritten wurde der heutige Stand von 7,3 Millionen erreicht. Dies wurde nicht mit einem sagenhaften Geburtenüberschuss bewerkstelligt. Wir erlebten nämlich in der Schweiz eine eigentliche Bevölkerungsexplosion, weil wir zum Einwanderungsland wurden. Das grün-rote Lager sorgte für eine verantwortungslose Massenimmi-

gration und kein Ende ist in Sicht. Viele Experten halten die Schweiz bereits jetzt für massiv überbevölkert und jeder Neankömmling, unabhängig der Herkunft, leistet seinen Beitrag zum noch stärkeren Siedlungsdruck, zur grösseren Blechlawine, zum höheren Verbrauch fossiler Energien, zu mehr CO₂ usw.

Dass man sich dabei immer noch als nachhaltige Umweltschützer verkaufen kann, ist skandalös. Was ist bundesratswürdig daran? Es ist ein Hohn, für sich schon einen Sitz im Bundesrat zu fordern. Es ist ebenfalls vehement zu hinterfragen, ob die Helfershelfer bei der Umweltzerstörung, die SP, für einen solchen Schwachsinn weiterhin eine Zweiertretung in der Bundesregierung haben sollte. Das prioritäre Ziel, die Stabilisierung unserer Bevölkerungszahl, kann bei einer SP-Doppelvertretung im Bundesrat nie erreicht werden. Am liebsten möchten nämlich beide Parteien noch weitere Millionen immigrieren lassen, stehen doch Grüne und SP ein für eine unbegrenzte Einwanderung.

Peter Tanner Wohlen AG,
Gründer einer Waldstiftung

Schweizer Produkte sind nicht unökologischer als ausländische

Der WWF Schweiz, der Schweizer Tierschutz und Konsumentenschutzorganisationen haben die Qualität von Schweizer Nahrungsmittel-Labels untersucht. Verschiedenen Labels wie IP Suisse, Swiss-Prim Gourmet, Bell Natura, IP bei Gemüse und Obst wird vorgeworfen, dass sie zum Standard gehörten, deswegen überflüssig seien und keinen Mehrwert darstellten. Diese Darstellung ist so nicht richtig. Auch diese Labels haben Vorschriften und Richtlinien, an die sich die Produzenten halten müssen. In der IP Suisse hat die Tierhaltung einen sehr hohen Stellenwert. Der Unterschied zu Bio ist nur gering. Diese Betriebe müssen die Tierhaltungsvorschriften von BTS erfüllen. Das heisst, dass die

Tiere frei gehalten werden müssen und ihren täglichen Auslauf haben. Im Pflanzenbau sind die Vorschriften der IP Suisse wesentlich höher als beim ÖLN, dazu müssen gewisse Qualitätsvorschriften eingehalten werden. Damit ist gesichert, dass die Qualität und die ökologische Produktion stimmen. Die Produkte, die in der Schweiz produziert werden, sind keinesfalls weniger ökologisch als Bioprodukte aus dem Ausland. Die Umweltbelastung durch den Transport von irgendwo aus der Welt ist hoch. Die Konsumenten helfen der Umwelt und den Tieren am meisten, wenn sie Schweizer Nahrungsmittel einkaufen.

Hans Jörg Fischer, Landwirt,
SD-Kantonsrat, Forch

Zu den Bundesratswahlen

Das Frauengeheul landauf landab geht einem langsam nicht nur auf die Nerven, sondern sogar an die Nieren. Noch mehr, es wirkt frauenfeindlich.

Zuerst sei festgehalten: Wer etwas gegen Frauen hätte, wäre nicht nur dumm, sondern sogar ein Menschenfeind, weil Frauen den grösseren Teil der Menschheit ausmachen. Auch ich schätzte die jugendfrische und klare Art von Frau Metzler und war damals glücklich über ihre Wahl in den Bundesrat. Bei einem mathematisch gerechtfertigten Rückzug von Herrn Bundesrat Deiss wäre sie glanzvoll wie-

dergewählt worden. Aber ein Bundesrat hat nicht die Aufgabe, geschlechtsspezifisch Politik zu machen. Frauen- oder Männerpolitik zu betreiben ist gleichenteils falsch.

Das wäre, wie wenn die UNO christlich oder islamisch politisierte. Bis anhin wurden wir Gott sei Dank von Bundesrätinnen und Bundesräten von einer geschlechtsbezogenen Politik verschont; und dass das so bleiben werde, dazu möge uns der Verstand aller Bundesratmitglieder helfen.

Ernst Christen, Bolligen

Migros Genossenschafter – nie befragt

Dass die Migros, als eine der grössten schweizerischen Laden- und Restaurantkette, seit zehn Jahren das Europa-Institut Basel auch heute immer noch finanziell unterstützt, erstaunt doch sehr. Mag doch mittlerweile ein beträchtlicher Teil des Umsatzes der Migros-Filialen durch eher EU-kritische Kundschaft erzielt werden. Weshalb wurde bei den Genossenschaftern nie eine Umfrage betreffend Förderung des Europa-Instituts durchgeführt?

Ein Unternehmen, insbesondere dieser Grösse, sollte sich politisch neutral präsentieren, denn für ein erfolgreiches weltweites Geschäft auch mit Filialen im benach-

barten Ausland, braucht es weder ein Europa-Institut, noch einen «Master of Advanced European Studies».

Die zentralste Zukunftsfrage Europas stellt sich, nebst einer durchaus auch vorteilhaften Zusammenarbeit unterschiedlicher Nationalstaaten: Wollen sich die einzelnen Länder einer zentralistisch-elitären Supermacht in Brüssel unterwerfen und bürgerfernes Globalrecht verordnet erhalten?

Wie lange braucht es wohl, bis die Verwaltung der Migros deren Präsidentin gleichzeitig Mitglied des Universitätsrates ist, die Zeichen der politischen Wandlung erkennt?

Marcus Stoercklé jun., Basel



Israël, membre de l'UE?



Mary Meissner,
Vernier

Il y a des bruits qui courent concernant la possibilité d'accepter dans l'Union Européenne l'Etat d'Israël en plus de la Turquie. Ce qui constituerait un danger potentiel au niveau des conceptions religieuses aux antipodes les unes des autres de ces deux pays et très éloignées de la base chrétienne des pays européens. Mais il y a pire et cela va plus loin que cette simple adhésion. Au Kansas, par exemple, deux sénateurs conservateurs viennent de déposer une loi permettant d'inter-

dire toute critique d'Israël sur les campus universitaires, dite «*Loi de diversité idéologique*». Elle prévoit de supprimer toute subvention aux universités quand un professeur, un élève ou une organisation étudiante critiquera ouvertement Israël ce qui sera considéré comme de l'antisémitisme. En entrant dans l'UE, Israël apporterait avec lui cette loi qui viendrait s'ajouter, aux lois Gayssot ou 261 bis déjà mal digérées en Europe.

Ce n'est pas tout, n'oublions pas qu'Israël possède des banques dans le monde entier qui ont des moyens et des structures capables de dévaster par des crises économiques et monétaires une économie européenne fondée sur une monnaie virtuelle, l'EURO. Une simple lettre peut être envoyée aux centres financiers de la vieille Europe, sorte

de chantage que le Congrès Juif Mondial ne manquerait pas d'utiliser pour arriver à ses fins. Ce qui signifierait, en cas d'adhésion, qu'un Etat non européen, fort des apports économiques juifs internationaux pourrait contrôler financièrement l'UE imposant ainsi ses propres lois.

Avec la suppression des contrôles aux frontières, nous pourrions voir arriver en Europe de nouveaux migrants venant d'Israël si la situation venait à empirer en Palestine, ce qui compliquerait encore plus la gérance de ces nouveaux citoyens européens qui se sentiront chez eux avec les mêmes droits au travail et au logement que les autochtones, fric en plus. D'ailleurs, on sent un frémissement à Venise qui a été choisie comme cité-pilote pour la rejuvénisation de l'Europe.

Le nombre des juifs qui s'inscrivent à la communauté locale augmente régulièrement. Aux dernières nouvelles, c'est précisément à Venise que va avoir lieu, une réunion internationale au Centre Wiesenthal pour la condamnation de l'antisémitisme et la mise en place de coordonnées sur une politique de migration.

Je supplie les europhiles suisses de réfléchir avant d'aller plus loin dans leur demande d'adhésion à l'UE. Qu'ils réfléchissent bien: sans souveraineté nationale, point de liberté; sans un destin commun, point de bien-être durable; sans patrie, point de justice sociale. L'UE à travers ses dirigeants inféodés à la Trilatérale et à la franc maçonnerie, sous les pressions de la haute finance interlope, n'est qu'une marionnette.

Le Piloni

Nouvelles attaques islamiques en Occident

Commençons par la demande des milieux islamiques en Allemagne qui proposent sans pudeur ni vergogne, d'acheter les églises vides pour en faire des mosquées. Je me demande ce que les gouvernements musulmans du Proche et Moyen Orient diraient si de telles propositions provenaient des chrétiens ou des bouddhistes! Mais évidemment, cela ne risque pas de se produire puisque le fanatisme religieux en terres d'islam est en recrudescence face à la désaffection européenne. Heureusement, l'offre a été rejetée et l'église allemande dédiera ces édifices à d'autres activités plus conformes au but pour lequel ils ont été construits. Continuons par de nouveau cette question de plus en plus épineuse qui secoue la France concernant le voile islamique. En relisant l'article qui a paru dans notre journal intitulé «Femmes occidentales vous êtes en danger» on remarquera que mes prévisions commencent à se réaliser. En effet, de plus en plus nombreuses, les musulmanes de France (mais bientôt de Suisse et d'Allemagne sous l'ef-

fet boule de neige) utilisent le voile et parfois la burqa, pour faire du prosélytisme que ces dames refusent. Pourtant leur slogan est «Si je porte le voile c'est parce que j'obéis uniquement à Dieu ou Allah et nous sommes au-dessus de vos lois». D'autres voilées ajoutent, «nous nous cachons à cause des garçons qui nous regardent avec concupiscence». Comme si elles ne savaient pas que plus le sexe est caché plus il a d'attrait.

Quand on sait que ni le Coran, ni Dieu obligent le port du voile, il y a forcément au départ les barbus pères et fils qui ont une peur bleue de perdre leur pouvoir masculin. De plus, les femmes occidentales s'amourachent de ces barbus souvent imberbes à l'extérieur, qui exigent l'islamisation de leur épouse et de leur progéniture, cette religion avance lentement mais sûrement. Je ne parle pas des situations tragiques qui ont tendance à se développer lorsqu'il y a divorce, enlèvements ou assassinats. Donc un premier petit bravo à la France.

Les méfaits de la cigarette

Dans les publicités anti-tabac, on ne met pas assez l'accent sur le comportement «je m'enfoutiste» des fumeurs. Non seulement ils empoisonnent l'atmosphère sans se soucier de leur entourage, mais

ils jettent délibérément leurs mégots sur le sol où qu'ils soient, et de surcroît boutent le feu soit à leur appartement, soit aux wagons des CFF. Par conséquent, il y a lieu de supporter fortement toutes les actions interdisant la cigarette, car il s'agit de notre santé, de nos finances et de notre survie.

Laïcité

La bataille continue de faire rage autour du voile et de la croix. Lorsqu'on sait depuis longtemps que toutes les guerres, les pogromes et autres litiges officiels ou privés ont été engendrés par une religion et ses fanatiques, lorsqu'à nos portes sévit depuis des siècles la guerre en Ulster entre protestants et catholiques pourtant tous deux d'obédience chrétienne, il serait temps que les habitants de cette terre séparent l'église de l'Etat.

Ainsi serait éradiquée la cause principale des conflits et chaque individu pratiquerait sa foi dans son cœur, et son église en tant qu'unité privée. Le canton de Genève est un exemple où la séparation de l'Eglise et de l'Etat est un fait accompli depuis plusieurs années et tout se passe très bien, puisque les citoyens quels qu'ils soient doivent se conformer à la Constitution du pays où ils vivent, leur religion faisant partie de leur

mode de vie personnel incluant la peinture, les échecs ou le tir à l'arc. Encore faut-il que les peuples deviennent intelligents et prévoyants ce qui est loin d'être le cas si on y ajoute la politique aveugle de mélanges ethniques à grande échelle, sans aucune planification pour enseigner à tout nouveau venu les règles régissant son environnement.

Incongruités musulmanes

Je me suis souvent demandée à quoi servait le Ramadan qui doit être en principe un mois de jeûne. Est-ce vraiment le cas si on inverse simplement l'horaire habituel de manger et s'amuser la nuit au lieu du jour? Lorsque je travaillais dans l'aviation, il m'est souvent arrivé, à cause du faisceau horaire de dormir ce qui était pour moi le jour et de manger la nuit, sans que j'en souffre longtemps. Bizarre non? Une autre question se pose concernant le refus systématique d'un mari musulman d'envoyer sa femme chez un gynécologue masculin. Chez les chrétiens aussi il y a des femmes qui exigent d'être soignées par des femmes médecins. Mais au contraire de certains pays de l'islam, les femmes ont accès aux cours universitaires, y compris la médecine. Etrange, non?

Octopus

Quelles expulsions?

Voici la politique suivie par les pays suivant concernant les demandeurs d'asile et réfugiés économiques:

La France grâce au ministre Sarkozy, commence à renvoyer manu militari les réfugiés déboutés. Les récalcitrants sont emmenés de force par deux malabars jusque dans les avions du retour, où ils sont attachés lorsqu'il s'agit d'un avion de ligne avec d'autres passagers. Sans grandbruit, des avions charters décollent de plus en plus souvent avec les mêmes «marchandises».

Les organisations internationales passent sous silence des rapatriements forcés organisés par des des-

potes africains ou même par des régimes soi-disant démocratiques.

Par exemple à Djibouti 100'000 clandestins vont être contraints de partir alors qu'ils représentent 15% de la population. (Ce sont des Ethiopiens, Somaliens et Yéménites.)

Le Nigéria vient d'expulser des centaines de milliers d'étrangers. Il n'y a aucun scrupule de la part de ces pays qui refusent de se plier aux ordres de l'ONU.

Au Moyen Orient, l'Iran exige du HCR qu'il enterrine le retour de 1.8 millions d'Afghans présents actuellement sur son sol, et il affirme d'avance que même si les Nations unies s'y opposent, il les ex-

pulseront quand même, car ils sont un facteur majeur d'instabilité sociale et ils provoquent un coût prohibitif dans les secteurs de la santé et de l'éducation. Le gouvernement exige dans le même temps le départ immédiat de 200'000 réfugiés irakiens.

D'autre part les gouvernements chinois et indochinois d'origine communiste, ne prennent pas de gants pour expulser les minorités ethniques qui ne leur conviennent pas.

Concernant Israël, nous savons qu'il refuse catégoriquement d'accepter le retour des Palestiniens et il se propose d'expulser 200'000 illégaux et 100'000 légaux et de mettre obligatoirement au travail les actuels Israéliens qui bénéficient de l'assistance.

La libre circulation que permet les accords de Schengen qui sont formulés assez vaguement, ne contribuent pas à rassurer les pays occidentaux et la Suisse qui veut y entrer, quant à la gestion probablement difficile d'un nouvel afflux de requérants. L'abolition des frontières dans le contexte politique actuel est une voie triomphale d'invasion pacifique. C'est aussi faciliter les attaques terroristes par des commandos passant les frontières sans coup férir.

Mary Meissner, Vernier

Le Piloni

Et si l'on prenait exemple sur la Pologne?

L'attitude de la Pologne vis-à-vis de l'U.E. et surtout face à cette nouvelle Constitution élaborée par un Giscard d'Estaing qui se croit imbus de pouvoirs discrétionnaires presque divins, doit être soulignée pour éclairer la lanterne de nos européens.

Voilà ce que le Président Kwasniewski déclare en substance: «Ce n'est pas nous qui avons inventé le traité de Nice. Il a été adopté par les Quinze et nous avons fait campagne sur ses bases pour convaincre le peuple polonais de voter en faveur du référendum valable jusqu'en 2009. Pourquoi maintenant contester sa validité sans l'avoir testé? Le mieux est de remettre toute décision à plus tard. Pourquoi s'engager sur quelque chose dont nous savons parfaitement qu'il y aura refus?»

Nous sommes d'ores et déjà contre une conception de sécurité européenne qui ferait concurrence à l'OTAN. L'U.E. doit faire son autocritique et reconnaître son inefficacité face à de petits différends comme celui de la «République du Dniepr en Moldavie» (proclamée par les sécessionnistes russophones).

D'autre part, je suis contre une Europe à deux vitesses ou d'un noyau dur. Au lieu de voir l'Europe s'intégrer on la verrait se désintégrer. Pour nous, pendant les 125 ans de partage nous avons pu et su préserver notre identité. Les Polonais diront toujours ce qu'ils pensent et ils garderont leurs idées.»

Que les Suisses raisonnent ainsi au

lieu de remettre sur le tapis l'adhésion à l'UE refusée par le peuple. Nous n'avons pas un Kwasniewski mais nous avons l'UDC.

Drôle de silence

Peu de journaux ont communiqué cette nouvelle stupéfiante mais en somme normale concernant les Etats Unis, qui possèdent des armes interdites capables de neutraliser les foules. Officiellement, ils ont abandonné ces recherches concernant des gaz inervants et autres armes chimiques depuis 1992, date à laquelle a été lancée une Convention Internationale les prohibant. Mais des documents tombés aux mains de l'Organisation Sunshine Project dénoncent le contraire.

Le pire est que les scientifiques experts en chimie, engagés par le Pentagone, prétendent que ces armes non létales serviront au maintien de la paix, sous entendu autant intérieure qu'extérieure. Donc, vu la dégradation des mœurs ethniques dans le pays et une révolte à prévoir due aux guerres injustifiées qui causent la mort de tant de jeunes Américains (manifestation contre la guerre en Irak à Chicago en avril 2003), ces informations sont certainement exactes.

L'attitude chinoise vis-à-vis des faux réfugiés

Voilà aussi quelques aperçus des mesures que prennent les Chinois à l'encontre des Nord-Coréens qui viennent quémander un peu de soupe aux Chinois. Ils seraient actuellement plus de 200'000, clandestins sans travail à la charge des

autorités chinoises qui prennent des décisions drastiques pour stopper cet afflux de demandeurs d'asile depuis qu'ils ont commencé à demander aide aux ambassades occidentales. Pékin bien qu'il soit signataire de la Convention des Nations unies, considère que les Nord-Coréens sont de faux réfugiés. Il refuse l'installation de camps, pas de protection et retour à la frontières manu militari. Il ne resterait aujourd'hui que 20'000 réfugiés. Sur les deux fleuves Tumen et Yalou, le verrou est maintenant scellé. L'armée avec plusieurs milliers d'hommes est désormais maîtresse des carrefours et des vallées. Mais voici l'hiver et les fleuves vont geler ce qui facilitera une recrudescence d'arrivées d'exilés affamés. Ce problème de surpopulation étrangère est mondial. La seule solution c'est de s'y prendre à temps pour éviter tout débordement pouvant destabiliser encore plus de gens, autochtones compris.

L'Or et le dollar

Les marchés et les bourses jouent au yoyo et continuent à angoisser les accros à ce jeu dangereux, d'autant plus que les USA qui avaient émis en 1999 des billets pour 510 milliards de \$ sont passés en 2003 à 714. Ce qui est étonnant, c'est que les banques centrales dans le monde continuent à vendre leur or. Pourquoi ne comprennent-elles pas que remplacer l'or par ces monceaux de papier-\$ conduit tout droit à une catastrophe programmée. Comment peut-on se fier à du papier monnaie qui se transforme en chiffres sur internet, pour acheter ou vendre des produits de consommation réels? Pour finir ce

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le Piloni

Suite de page 14

«troc» de marchandises via des sommes figurant sur des comptes bancaires conduit à un commerce virtuel sans véritable possibilité de contrôle solide. Nous nageons de plus en plus dans une sorte de gelatine irréaliste qui échappe à notre entendement, baignant dans un cynisme qui atteint bientôt son apogée. Tant que la confiance règne et que l'utopie danse dans l'illusion, ces châteaux de cartes tiendront en équilibre. Mais gare au premier couac. Tout le système bancaire et boursier explosera.

Faim et agriculture

En lisant les statistiques mondiales qui accusent un total de 842 millions d'êtres humains mourant de faim dans le monde, il y a lieu de se poser des questions concernant les simagrées de l'OMC ou les contorsions américano-monsanto pour imposer leurs OGM.

En effet, on s'aperçoit que les OGM profitent plutôt à l'industrie chimique pour produire de nouveaux pesticides alors que les spécialistes de l'agro-alimentaire constatent une diminution des récoltes. C'est le moment que choisissent nos responsables de l'agriculture en Suisse, pour donner la préférence à l'entretien des paysages (dans certains cas pourquoi pas?) au détriment des cultures maraichères et autres produits alimentaires. Il y a lieu de se rappeler du plan Wahlen lors de la Seconde Guerre mondiale qui nous a sauvé de la famine parce que chaque pouce de terrain était cultivé dans un terreau composté spécifiquement, même entre les rails de chemin de fer. Ne voit-on pas dans un proche avenir, des hordes d'affamés déferler dans les endroits du monde qui seront encore cultivés et cultivables? A quel jeu les responsables politiques jouent-ils? Diriger c'est prévoir. Que prévoient-ils? Tout ceci sans parler des animaux domestiques qui disparaîtront à une vitesse grand V alors que déjà les animaux sauvages sont presque tous en voie de disparition.

Secret bancaire

Il est heureux qu'enfin nos députés siégeant au Conseil national aient accepté d'introduire dans la Constitution la protection du secret bancaire. Ceci grâce aux Démocrates Suisses qui, les premiers, ont déploré que la question des comptes en déshérence n'aient pas figurés dans la Constitution comme elle figurait depuis longtemps dans les pays voisins prévoyant une restitution à l'Etat de tout compte

non réclamé dans les dix ans. Ces pays-là n'ont pas eu à faire face aux embrouilles qu'ont subi nos banques et autres firmes manipulant des fonds étrangers. Sans compter le rapport Bergier, une conséquence indirecte de ces attaques injustifiées.

Au vu des retombées prévisibles qu'entraîneraient des pressions bruxelloises sur nos banques, la tactique à suivre pour éviter de nouvelles revendications à la mode Eisenstat ou Fagan c'est l'encrege protecteur constitutionnel du secret bancaire helvétique.

Honte à MM Carlo Sommaruga et Christian Levrat

Ces deux nouveaux élus socialistes, qui ont refusé de chanter l'Hymne National à l'ouverture de la session parlementaire de décembre, devraient être déchus illico presto de leur fonction. Nos parlementaires ne perdraient pas ainsi leur temps à s'acharner sur les citoyens respectant et aimant leur pays qui ont voté UDC au lieu de balayer les vraies mauvaises herbes qui tentent d'envahir l'hémicycle. A voir la décadence qui s'installe dans les pays qui ont écouté les sirènes trop humanitaristes de la gauche (caviar) en paient les conséquences à travers la rage des citoyens autochtones, étrangers compris, qui développent la violence à tous les niveaux. C'est ce qui arrive quand il n'y a plus de patriotisme pour cimenter une cohésion nationale. C'est ce qui arrive aux religions qui se désagrègent sous l'indifférence et le manque de foi.

La France fille aînée de l'église

Où es-tu France chrétienne qui montrait le chemin à l'Europe? Que deviennent tes Bergers qui ne respectent plus leurs obligations cléricales en jetant leurs tiares aux orties? Les sept plaies d'Egypte foncent sur toi pour te punir: feux de forêts, animaux brûlés vifs, inondations précurseurs du déluge, pétrole sur les plages, torrents de boue, mer déchaînée, vents violents, affaissements de terrains, attaques terroristes extérieures et intérieures, canicules et sécheresse, épidémies récurrentes.

Ce ne sont plus les 7 plaies, mais les douze plaies de France.

Plus tu te vendras à la franc-maçonnerie qui a déjà engendré la Révolution et sa guillotine, plus tu te prostitueras devant le veau d'or du tout à l'économie libéralisée, et plus tu auras à faire face à de nouvelles plaies de plus en plus difficiles à guérir. *Octopus*



10 décembre 2003 – Quelques commentaires

Enfin une grande partie d'Helvètes vont se reconnaître dans la composition de ce Conseil Fédéral redressé grâce au tuteur d'une droite droite. Le premier geste très apprécié vient du nouveau Sage Christophe Blocher qui renonce pour des raisons d'économie, aux réceptions coûteuses parfaitement inutiles payées par les contribuables d'une commune pour honorer leur conseiller fédéral.

La seconde constatation vient des répliques claires de Christophe Blocher qui n'a pas tergiversé pour répondre aux provocations des médias lui posant les mêmes sempiternelles questions sur sa future attitude «fédérale», qu'il allait continuer à lutter pour les idéaux présentés avant et pendant sa campagne électorale puisqu'il avait été élu pour cela. Ce qui est déplorable, ce sont les commentaires et photos relatés par ces mêmes médias, émanant de petits soixante-huitards verts-rouges qui refusent de se plier aux règles démocratiques si elles vont dans le sens d'un renforcement du patriotisme. Alors on voit ce côté criard de défilés débiles, semblables aux démonstrations franchouillardes de sans papiers ou de tiersmondistes dans les rues chez nos voisins, qui n'hésitent pas à prendre en otage leurs propres concitoyens, sans se soucier d'une solidarité dont ils se gargarisent.

Et comble d'obscurantisme, certains commentateurs radiophoniques s'étonnent du calme et de l'indifférence des citoyens silencieux qui espéraient ce juste retour des choses lorsqu'ils ont savouré leur

victoire. Depuis le temps, ils doivent savoir que la droite n'a pas l'habitude de manifester dans les rues. De plus, après tant de semaines au cours desquelles ils nous ont bassinés de scénaris plus imbéciles les uns que les autres de la part de tous les partis hostiles à l'UDC, quel membre UDC voulait haleter pendant six heures devant la télévision ou écouter la radio alors qu'il faisait confiance au consensus tant prôné par tous. On ne sort pas dans les rues pour hurler sa joie, vu que la vraie satisfaction se savoure en soi-même.

Une autre satisfaction vient du fait que la presse journalière change de ton et imprime deux points forts ce onze décembre. La violence «des dealers de plus en plus brutaux dont 80% sont des Africains de l'Ouest» (ce qu'elle contestait jusqu'à présent), et la liste des mesures sévères qui vont être prises par l'UDC pour redresser les finances fédérales en surveillant mieux la destination des subventions à n'importe quelle association et l'entretien princier des requérants économiques dont un million de Noirs qui attendent en Italie l'occasion de venir chez nous et chez nos voisins. J'aimerais que les médias qui nous informent par exemple qu'à Glaris, la descente de police chez les demandeurs d'asile a été rigoureuse, ajoutent pourquoi ils ont été attachés, dénudés et encaoulés. Sans savoir cela on reste sur se faim et on ne peut même pas féliciter cette police ou se réjouir d'une juste punition.

Maria de Seimners

Sie bitten nicht – sie fordern!

In den Medien wurde das 1. Migranten-Forum der Schweiz gross gefeiert. (Zur Orientierung: Unter dem beschönigenden Namen «Migranten» nennt man in der Schweiz seit kurzem Immigranten, d.h. die Einwanderer). Den Medienschaffenden ist dabei offenbar nicht aufgefallen, wie viele Frauen mit Kopftüchern im Grossratsaal in Aarau sassen (wohl um zu beweisen, wie gut «integriert» sie sind). Auch die vielen anderen Leute, die ganz offensichtlich gekleidet waren, wie es ihrer Religion oder ihrem Herkunftsland entspricht, sind nicht aufgefallen. Für mich erschreckend war jedoch, dass diese Leute für ihre vermeintlichen «Rechte» (Wahl- und Abstimmungsrecht, erleichterte Einbürgerung usw.) nicht etwa ersuchten oder sie wünschten – nein sie fordern sie. Dabei wird uns angeblich so zugeknöpften Schweizern immer wieder eingetrichtert, wie gross die Gastfreundschaft in andern Ländern ist. Wenn jemand irgendwo zu Besuch ist und Lust auf ein Kaffee oder ein Sandwich

hat, sagt er ja wohl auch nicht: «Bringt mir schleunigst ein Kaffee und ein Sandwich, aber dalli», sondern er bittet darum. Aber eben, in der Schweiz benehmen sich unsere «Gäste» schon lange wie die Erbauer, und unsere Regierenden lassen sich das auch noch gefallen.

Dr. Dragan Najman,
SD-Grossrat, Baden

Achtung

Am 20./21./22. Februar 2004 findet in der Stadt St. Gallen eine Grossaktion statt, wo an alle Haushaltungen der Stadt (von Hand) Flugblätter verteilt werden sollen. Vorderseitig Werbung für die Kantonsratswahl, rückseitig der Unterschriftenbogen für unsere Initiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten».

Wer mithelfen möchte, bei der Verteilung der Flugblätter zu helfen, meldet sich bei Roland Uhler (Tel. 071 278 06 72).

Auch hier gilt – wie überall – je mehr Leute mitmachen, umso weniger muss der Einzelne verteilen.

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch



«Die vergangenen Wahlen vom Herbst haben eines gezeigt: Es hat eine klassische Umschichtung im bürgerlichen Lager stattgefunden. Ein Drittel aller Wählerinnen und Wähler haben patriotische Parteien gewählt. Es sind dies die SVP, aber auch die Lega dei Ticinesi und die Schweizer Demokraten. Die CVP indessen hat massiv an Wählern und Wählerinnen verloren. Das ist ein Fakt. Die Konkordanz sieht vor, dass sämtliche Gruppierungen und Parteien in der Regierung in der Verantwortung sein sollen, dies zu Recht. Schliesst man jetzt aber ein grosses Wählersegment aus, wie man das jetzt von den Grünen, von der SP, zum Teil auch von der CVP hört, verhält man sich undemokratisch. Es ist ein Akt gegen diese Wählerinnen und Wähler.

Es gibt einen weiteren Aspekt: Man kann unser Parlament und unsere Gesellschaft heute auch in Internationalisten, also die SP, Teile der CVP, Teile der FDP, und Nationa-

listen, Patrioten einteilen. Es sind dies die SVP, die Lega dei Ticinesi, die Schweizer Demokraten. Diese Menschen wollen eine unabhängige, freie und schweizerische Schweiz erhalten. Gibt man ihnen aber nicht mehr das Recht, in einer Regierung zu sein, so gehen sie in die Opposition. Dann – das werde ich Ihnen aber sagen – wird das Regieren für Sie schwieriger. Es wird tatsächlich der Fall sein, dass alle Vorlagen bekämpft werden. Ich freue mich dann schon auf noch mehr Referendums- und Initiativabstimmungen in diesem Land. Sie müssen sich diese Frage einfach gefallen lassen.»

Votum Bernhard Hess

Wir gratulieren Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz herzlich zur Wahl in den Bundesrat und wünschen beiden viel Kraft und Durchsetzvermögen in ihrem neuen und wichtigen Amt.

Die Frauen habens in der eigenen Hand

Ich verstehe das Entrüstungsgeschrei vieler Frauen nach den Bundesratswahlen nicht recht. Dass nur noch eine Frau im Bundesrat sitzt, hat wohl weniger mit Frauenfeindlichkeit zu tun als mit dem «Pro-Ostschweiz»-Effekt, wie ich das nenne. Nach der Abwahl von Frau Metzler hätte die Ostschweiz bei einer Wahl von Frau Beerli seit Jahrzehnten erstmals keinen Bundesrat mehr. Da haben sicher praktisch alle Ostschweizer von Schaffhausen bis Graubünden Herrn Merz gewählt. Zudem hätten die Kantone Zürich und Bern je zwei Bundesräte gehabt, also genau das, was die «alten» Eidgenossen 1848 vermeiden wollten. Um eine Dominanz von Bern und Zürich zu vermeiden, hatte man in der ersten Bundesverfassung festgelegt, dass aus keinem Kanton mehr als ein Bundesrat gewählt werden darf. Ganz abgesehen davon hätten es die Frauen aber in der Hand zu erreichen, dass in kein Parlament und in keine Regierung auch nur ein einziger Mann gewählt wird. Dazu sind folgende zwei Bedingun-

gen nötig: Wenn einmal derselbe Prozentsatz Frauen wie Männer wählen gehen würden, wären die Frauen, da bevölkerungsmässig schon in der Mehrheit, automatisch auch bei Wahlen in der Mehrheit. Und wenn dann alle diese Wählerinnen nur noch Frauen auf

ihre Listen setzen und alle Männer streichen würden, würde überhaupt kein Mann mehr gewählt, vorausgesetzt natürlich, dass genügend Kandidatinnen aufgestellt würden.

Dragan Najman, Baden

Wichtig

Jeder Unterzeichner/jede Unterzeichnerin muss ausser der Unterschrift auch Namen und Vornamen von Hand und eigenhändig schreiben. Wenn mehrere Namen und Vornamen offensichtlich von derselben Person geschrieben wurden, sind diese Unterschriften ungültig.

Ausserdem vergessen Sie bitte nicht, jeweils Kanton, PLZ und vor allem Gemeinde der gesammelten Unterschriften anzugeben. Wir müssen sonst solche Bogen mühselig im elektronischen Telefonbuch nachschlagen. Und falls die betreffende Person nicht im Telefonbuch existiert, finden wir den Ort überhaupt nicht.

D. Najman, SD-Grossrat, Baden